

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Havelská nám. 32.

Telephon:  
Lagesredaktion: 6705.  
Nachredaktion: 6707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Beyzugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückzahlung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourenmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 2. Juli 1924.

Nr. 154.

## „...der Mohr kann gehen!“

Wie in allen siegreichen Staaten die Kriegsteilnehmer gefeiert werden, so waren auch in der tschechoslowakischen nach beendeten Kriege die unter dem Namen „Regionäre“ zusammengefaßten Angehörigen der tschechoslowakischen Nationalarmee Gegenstand der Verehrung und Bewunderung aller Schichten des tschechischen Volkes. Der Legionär war der Inbegriff des nationalen Stolzes und Legionär gewesen zu sein, war lange Zeit nicht nur ein begehrter Ruhmestitel, sondern bedeutete auch die Anwartschaft auf eine von der Geseßgebung und der Staatsverwaltung eingeräumte bevorzugte Stellung. Die Begeisterung der durch den nationalen Umsturz auf den Thron gesetzten tschechischen Bourgeoisie war besonders groß, als die in die Heimat zurückgekehrten Legionäre sich unter der Devise der „Entfesterreichung“ zu Werkzeugen der „Entfesterreichungsbestrebungen“ machen ließen und jene „Reinigungsarbeit“ verrichteten, welche nicht gut auf dem Wege der legalen Geseßgebung und Verwaltung vollbracht werden konnte.

Seither hat sich diese Freude an den Legionären beim tschechischen Bürgertum beträchtlich abgekühlt, die Sympathie mancher bürgerlichen Parteien, wie sie selbst sagen, ist auf dem Gefrierpunkt gesunken. Der „ewige Dank des Vaterlandes“ hat einer schroffen Gegnerschaft und Feindseligkeit Platz gemacht. Wer das noch nicht wußte, dem wurde es am Sonntag klar gemacht. Die Wiederkehr des zehnten Gedenktages des Attentates in Sarajevo versammelte 35.000 Legionäre in Prag zu einer Kundgebung — doch welcher Unterschied zwischen früher und heute! Das Prager tschechische Bürgertum feierte die Legionäre nicht mehr wie einst als die treuesten und verdienstvollsten Söhne der Nation, sondern zeigte ihnen die kalte Schulter. In den bürgerlichen Zeitungen kaum ein warmerherziger Begrüßungsartikel, höchstens ein paar gezwungen klingende Phrasen, Ermahnungen und Bortwürfe, kein Wort mehr davon, wie sehr der bloße Anblick der Uniformen der russischen, französischen und italienischen Legionäre jeden tschechischen Patrioten elektrisiere. Im Gegenteil: erstaunte Fragen, was denn der ganze Hummel zu bedeuten habe und die Berichte über die Manifestation der Legionäre waren mit keiner größeren Anteilnahme versehen als etwa der Bericht über die Veranstaltung eines Fußballklubs. Die Prager tschechische Bourgeoisie betonte die eingetretene Entfremdung zwischen ihrer Klasse und den Legionären auch durch die unterlassene Ausschmückung der Straßen. Nur hier und da waren Fahnen aufgestellt; auf dem ganzen großen Wenzelsplatz wehten nur zwei Fahnen auf einem Hause und das war das Haus der Redaktion des den Legionären nahestehenden „Geste Slovo“. Fünfzigmal im Jahre wird in Prag geflaggt, aber wenn sich die Legionäre versammeln, die vor kurzem noch als die Befreier der tschechischen Nation angesprochen wurden, kehrt das festfreundliche bürgerlich-nationale Prag seine nüchterne Werktagseite heraus.

Damit aber die Frostigkeit, mit der diesmal die Prager tschechische Bourgeoisie ihre Gastfreundschaft zu den Legionären betätigte, diesen sicher zum Bewußtsein komme, ergehen sich manche Zeitungen in Betrachtungen darüber, warum die Legionäre keine Sympathie mehr finden. Besonders die Merkmalen rechnen ihnen ihr Sündenregister vor. Das am Sonntag von den Legionären beschlossene Manifest seien nur gut stilisierte sozialistische Schläger, Prag habe den Kongreß der Legionäre direkt ignoriert, daran sei vor allem das ihnen schwebende hochmütige, auf geblasene und lehrmeisterhafte Wesen zahlreicher ihrer im Vordergrund stehender Legionäre schuld. Die Bevölkerung habe auch deshalb aufgehört, die Legionäre zu schätzen, weil nicht streng darauf geachtet wurde, wer wirklich Legionär war und wer nicht, denn in die Legio-

## Der Sieg der Erfüllungspolitik.

Entgegenkommen der deutschen Reichsregierung beim Abschluß der Ricum-Berträge. — Die bayerischen Regierungsparteien einschließlich der Deutschnationalen für das Sachverständigengutachten.

Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der Verhandlungen anlässlich der Erneuerung der Ricumverträge entspricht zwar nicht vollständig den deutschen Erwartungen, ist aber immerhin beachtenswert. Die Ricum besteht noch wie vor aus der Lieferung von 1,7 Millionen Tonnen Kohle monatlich. Diese Lieferungen würden an sich keine Schwierigkeiten machen, da zur Zeit infolge der Absatzkrise ein Kohlenüberfluß herrscht, aber die Kohlen müssen nach wie vor von den Werken bezahlt werden, die sich dazu außerstande erklärt haben. Eine Erleichterung erhalten die Werke durch die Herabsetzung der Kohlensteuer um 50 Prozent, wobei auch die Verkehrssteuer und sonstigen Abgaben wie Zölle usw. rückwirkend vom 15. Juni auf die Hälfte ermäßigt werden. Diese Erleichterungen bedeuten insgesamt die Herabsetzung der Ricumlasten für den Bergbau um zehn Prozent. Außerdem ist aber der Kohlenbergbau der Gefahr umfassender Stilllegungen ausgesetzt, wenn es nicht gelingt, den Absatz zu heben. Das Kohlenprodukt ist infolgedessen auch wohl unter dem Druck der Reichsregierung in die Zwangslage gekommen, keine Preise ermäßigen zu müssen. Es wird in allerzürstester Zeit eine Ermäßigung der Kohlenpreise in Deutschland um zwanzig Prozent erfolgen, von der man sich eine bedeutende Besserung der wirtschaftlichen Lage verspricht. Die Reichsregierung hat sich bezeichnender Weise bereit erklärt, die Hälfte der noch verbleibenden Kosten aus den Ricumverträgen auf die Schultern des Reiches zu übernehmen. Diese Entschlieung der Reichsregierung bezeugt mehr wie alles andere die tatsächliche Entwicklung der deutschen Politik. Auch die am Ruder befindliche, noch ziemlich weit rechts stehende Regierung kommt immer mehr in das Fahrwasser der früher so heftig bekämpften Erfüllungspolitik.

Wie weit diese Einsicht auch in Reichstreifen sich Bahn bricht, geht aus den Verhandlungen

des Hauptauschusses des bayerischen Landtages über das Sachverständigengutachten und über die Entwicklung der bayerischen Eisenbahnen bei der Durchführung dieses Gutachtens hervor. Im Namen der bayerischen Regierung trat der Handelsminister von Mandel im Hauptauschuss für die Annahme des Sachverständigengutachtens ein. Er erklärte, das man sich bei der Entscheidung über diese Fragen nicht von Leidenschaft, sondern nur von rein vernunft- und verstandesmäßigen Erwägungen leiten lassen dürfe, und daß das Gutachten trotz seiner Ueberschätzung der deutschen materiellen Leistungsfähigkeit doch ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand sei. Der Hauptauschuss beschloß infolgedessen unter dem Eindruck dieser Ausführungen auch mit den Stimmen der Deutschnationalen die Annahme einer Resolution über die zukünftige Gestaltung der bayerischen Eisenbahnen, die von der Voraussetzung ausgeht, daß das Sachverständigengutachten angenommen wird. Auch diese Entschlieung, die in dem doch gewißpatriotischen und rechtsstabilen gesunden Bayern mit deutschnationaler Unterstützung gefaßt worden ist, ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr der Widerstand auch der rechtsstabilen Kreise gegen die Erfüllungspolitik in Deutschland zum Erliegen gekommen ist.

## Eine neue Senatspartei.

Paris, 30. Juni. Heute vormittag wurde eine neue Senatsfraktion ins Leben gerufen. Sie heißt: „Demokratisch-liberale Union“. An der konstituierenden Versammlung nahmen etwa 15 Senatoren der demokratischen Linken und 20 Senatoren des linken Flügels der republikanischen Union (Partei Poincaré) teil.

## Die Gegenoffensive für den Achtstundentag.

Auf der gegenwärtig in Genf stattfindenden fünften internationalen Arbeiterkonferenz haben sich die Vertreter der Regierungen mehrerer Staaten mit aller Entschiedenheit für den Achtstundentag und für die Abwehr der Angriffe auf diese größte sozialpolitische Errungenschaft der Nachkriegszeit ausgesprochen. Diese Tatsache spiegelt die allgemein bedeutame Erscheinung wider, daß sich die sozialen Machtverhältnisse in Europa in den letzten Monaten zu gunsten der Arbeiterklasse verschoben haben.

Der Achtstundentag, diese Forderung des internationalen Proletariats, die zum erstenmal auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1889 zum Programm aller sozialdemokratischen Parteien und damit der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Welt erhoben wurde, ist nach dem Kriege in vielen Ländern im Wege des Gesetzes verwirklicht worden. Die Macht der Arbeiterklasse war nach dem Kriege so gewachsen, daß die Bourgeoisie sich kaum zum Widerstand antrafte, als die von der Arbeiterklasse beherrschten oder stark beeinflussten Staaten Geseße schufen, die der Verwirklichung des Achtstundentages galtten. Als erstes Land nach dem Kriege beschloß im November 1917 Rußland die Dauer des gesetzlichen Achtstundentages — wiewohl gerade in diesem Lande die Reaktion gegen den Achtstundentag besonders erfolgreich gewesen ist, arbeitet doch in Rußland die Masse der Arbeiterschaft gegenwärtig weit länger als acht Stunden — im November 1918, nach dem Ende des Weltkrieges, folgten Deutschland und Polen, im Dezember 1918 Jugoslawien, Österreich und die Tschechoslowakei, im Jänner 1919 Jugoslawien, im April desselben Jahres Frankreich, im Mai Portugal, im Juni die Schweiz, im Oktober Spanien und Schweden. In England besteht zur Zeit nicht der gesetzliche Achtstundentag, doch ist er im Wege von Kollektiv-Verträgen in fast allen Branchen durchgedrungen. International wurde die gesetzliche Regelung des Achtstundentages im Versailleser Friedensvertrag angebahnt, indem im Artikel 427 dieses Vertrages die Annahme des Achtstundentages als erstrebenswertes Ziel hingestellt wurde. Gleichzeitig kamen die Sig-

wirkung der Grundsätze der demokratischen Freiheit und Gerechtigkeit im eigenen inneren Leben: „Darum rufen auch wir tschechoslowakische Legionäre, des Krieges gedenkend, vor allem nach Frieden, nach der brüderlichen Annäherung aller Slawen im Zeichen der Freiheit und des Fortschritts und nach dem demokratischen Zusammenleben aller Nationen!“ Die Legionäre gehören verschiedenen Parteien an, nur ein Teil von ihnen ist sozialdemokratisch gesinnt, dennoch merkt man an dem Manifest, daß an ihrem Denken der Krieg nicht spurlos vorübergegangen ist und daß sie sich den Staat, für den sie im Ausland jahrelang gekämpft haben, anders vorgestellt haben, als er unter der Herrschaft der Bourgeoisie, allerdings lange genug auch unter tätiger Mitwirkung der Legionäre, geworden ist. Das Manifest ist eine einzige Anklage gegen das herrschende Regierungssystem, das die Hoffnungen jener, die für die Schaffung des Staates ihre gesunden Glieder und ihre Gesundheit eingesetzt hatten, im Sinne der ihnen gemachten Versprechungen enttäuscht hat. Demokratische Freiheit, sie ist auf dem Papier der Washingtoner Deklaration stehen geblieben, das Werk ist über die äußere Form nicht hinausgediehen. Der waltende Geist in dem durch den Umsturz aus der Taufe geborenen neuen Staate ist kein anderer geworden, als er in der abgewirshoffneten Monarchie lebte. Das Parlament ist ein seelenloser Apparat zur Erzeugung von Geseßen, die Demokratie ein Mechanismus ohne Gerechtigkeitgefühl geworden, das Recht der Kritik ist stärker eingeeengt, als es zur Zeit des monarchistischen Absolutismus war. Die Erziehung zur Wahrheit, die Durchführung sozialer Reformen, die Befestigung sozialer Schichten und die Ent-

wicklung zur wirklichen Demokratie, sie werden im Namen des Patriotismus und der Wahrung des „Staatsgedankens“ gehemmt. „Es ist nötig,“ so heißt es in dem Manifest, „das Verantwortlichkeitsgefühl und das Wahrheitsgefühl in bezug auf Volk und Republik in jenem Lager zu erhöhen, dessen Vertreter sich heute in die Herrschaft im Staate teilen.“ Auch gegen Klassenunrecht und Klassengeseßgebung wendet sich das Manifest, das den Nachhabern einen Spiegel vorzuhalten bestimmt ist und das ihnen sagen soll, wie schlecht, verantwortungslos und eigennützig sie das ihnen anvertraute und durch das Blut der Söhne der Nation gewonnene Pfand bisher verwaltet haben.

Das Manifest der Legionäre ist der Ausdruck ihrer Unzufriedenheit mit dem Wirken und Treiben ihres eigenen nationalen Bürgertums, einer Unzufriedenheit, die schon länger währt und die die Ursache bildet, daß das bourgeoise Prag seine einstigen militärischen Helden nun mit Kälte, Schimpf und Spott bedenkt. Die tschechische Bourgeoisie ist das treue Abbild der andersnationalen Bourgeoisie. Gaben sich die Legionäre zu Werkzeugen der Gegenrevolution her, würden sie im Schlepptau der kapitalistischen Klassen und Parteien einher schwimmen, sie wären die gefeierten Heldensöhne der Nation geblieben. Aber sie sind der Meinung, das Blut der Legionäre sei für die Freiheit und Demokratie vergossen worden, für die soziale und demokratische Gerechtigkeit und nicht dafür, daß eine habgierige nationale Clique durch die andere, andersgefärbte, abgelöst werde. Das ist ein Verbrechen. Die fatten, tricolorgeschmückten Bürger wenden sich entsetzt und enttäuscht von ihnen ab. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! ...

naturkräfte des Versailler Vertrages überein, eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit dem Achtstundentag befassen sollte. Diese Konferenz trat tatsächlich im Oktober in Washington zusammen und beschloß eine Konvention, durch die der Achtstundentag in der gesamten zivilisierten Welt eingeführt werden sollte. Freilich haben bis heute nur wenige Staaten — darunter auch die Tschechoslowakei — die Washingtoner Konvention ratifiziert und dadurch in die Praxis umgesetzt. Über schon in dem Jahre, welches dem Abschluß der Konvention von Washington folgte, setzte in ganz Europa die Reaktion mit ihren Angriffen auf den Achtstundentag ein. Wirtschaftlich war die Stellung der Arbeiterschaft durch die furchtbare aller Krisen, die der moderne Kapitalismus über Europa gebracht hat, geschwächt, politisch und organisatorisch hatte die Arbeiterschaft vieler Länder durch die Zersplitterung in ihren eigenen Reihen an Kraft eingebüßt. Die Folge davon war, daß eine Reihe von Ländern, die noch im Jahre 1919 zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens entschlossen waren und deren Vertreter auf der Konferenz diesbezügliche Erklärungen abgegeben hatten, die gesetzliche Durchführung des Achtstundentages nicht vornehmen und daß in jenen Ländern, darunter auch in der Tschechoslowakei, wo das Gesetz über den Achtstundentag über die Konvention von Washington hinausgeht, in der Praxis der Achtstundentag übertritten wurde, ohne daß die politischen und Gerichtsbehörden sich darum kümmerten. Insbesondere in der Landwirtschaft, im Kleinergewerbe und im Handel wird der Achtstundentag in der Tschechoslowakei in einer Weise übertreten, die den heftigsten Widerstand der Arbeiterschaft hervorruft und, aber sogar in der Großindustrie kamen Fälle vor, welche zeigen, daß die Unternehmer mit allen Mitteln bestrebt sind, das Gesetz über den Achtstundentag zu umgehen. Noch mehr tobte sich die Reaktion auf sozialpolitischem Gebiete in Deutschland aus, wo die furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch die Marktentwertung herbeigeführt wurden, von einer deutengerechten Unternehmerklasse dazu benützt wurden, um die Arbeiterschaft wohl nicht zur prinzipiellen, aber zur praktischen Aufgabe des Achtstundentages zu zwingen.

Seit Beginn dieses Jahres aber haben sich die Machtverhältnisse zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum abermals verschoben. In England hat die Regierung MacDonald, eine Regierung der Arbeiterpartei, ihr Amt angetreten, was zur Stärkung der moralischen Autorität der Arbeiterschaft auf der ganzen Welt mächtig beigetragen hat. In Frankreich ist infolge der Ergebnisse der Wahlen vom Mai dieses Jahres die reaktionäre Regierung Poincaré durch das die Unterstützung der Sozialdemokraten gewöhnliche Kabinett Herriot abgelöst worden, in Dänemark ist gleichfalls eine Arbeiterregierung am Werke. In der Schweiz hat eine Volksentscheidung im Februar dieses Jahres für den Achtstundentag entschieden, in Belgien hat das Parlament ungefähr zur gleichen Zeit einen Antrag, der die Abschaffung des Achtstundentages zum Zwecke hatte, abgelehnt. Am augenscheinlichsten tritt aber die gestiegene Macht der Arbeiterschaft auf der soeben tagenden fünften internationalen Arbeiterkonferenz in Genf zutage, wo die Vertreter der neuen Regierungen der großen westlichen Demokratien naturgemäß einen ganz anderen Standpunkt zum Achtstundentag einnehmen als im Vorjahre die Vertreter der konservativen Regierung Englands und der Regierung des reaktionären Blocks in Frankreich. Sowohl die Vertreterin Englands Genoffin Bondfield, als auch der französische Arbeitsminister Godard — wie wir auch anerkennen wollen — der tschechische Sozialdemokrat Dr. Stern, setzten sich

sehr warm für die allgemeine Durchführung des Achtstundentages ein. Der schärfste Gegner des Achtstundentages war der Vertreter der deutschen Unternehmerklasse, der auf diesem internationalen Forum zeigen wollte, daß der deutsche Unternehmer noch immer zu der rückständigsten Ausbeuterklasse der Welt gehört. Die bevorstehende Regelung der Reparationsfrage macht es jedoch zu einem wichtigen Interesse Englands und Frankreichs, daß die Reparationen nicht einzig und allein durch die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland bezahlt werden, weil durch diese sozialpolitische Schmutzkonferenz das wirtschaftliche Leben aller sozialpolitisch vorgeführten Staaten bedroht werden könnte. So wird die internationale politische und wirtschaftliche Situation in Europa zum Verbündeten der deutschen Arbeiterklasse, während noch bis vor kurzem die europäische Reaktion der stärkste Feind von Deutschlands Arbeiterschaft gewesen ist.

Auch die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei muß die für das Proletariat günstigere Situation Europas auf sozialpolitischem Gebiete für sich ausnützen. Sie muß auf dem Gebiete der Arbeitszeit überall dort zum Angriff übergehen, wo der Achtstundentag in der Praxis nicht eingehalten wird. Daß dies von Erfolg begleitet sein kann, zeigt die vor einigen Tagen erfolgte gerichtliche Verurteilung eines Prager Unternehmers wegen Übertretung des Achtstundentages. Ins-

besondere den Gewerkschaften erwächst die Pflicht, überall auf die Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit zu dringen. Die Arbeiterschaft darf sich diese Errungenschaft der Nachkriegszeit nicht entweihen lassen und muß sie zum unentzerrbaren Gut der gegenwärtigen Generation gestalten.

### England und Frankreich für den Achtstundentag.

Genf, 1. Juli. (Schw. Dep. Ag.) Die in Kreisen der internationalen Arbeitskonferenz verlaute, fand am letzten Sonntag in Paris eine Besprechung zwischen dem französischen Arbeitsminister Justin Godard und dem britischen Arbeitsminister Shaw in Gegenwart des Direktors des internationalen Arbeitsamtes statt. Beide Minister einigten sich grundsätzlich über die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentag-Abkommens. Ferner herrschte Einigkeit darüber, daß Deutschland den Achtstundentag ratifizieren müsse, und daß eine Arbeitszeitverlängerung unter Hinweis auf die Reparationsverpflichtungen unzulässig sei. Die gefaßten Beschlüsse wurden Montag der belgischen Regierung zur Kenntnis gebracht, von deren Zustimmung man von vornherein überzeugt ist. Die am 16. Juli in London zusammen tretende Konferenz wird zweifellos auch über diese Angelegenheit Beschlüsse fassen.

## Die Sozialversicherung im sozialpolitischen Anstöße des Abgeordnetenhauses.

Pres. 1. Juli 1924.

### Die letzte Sitzung des Subkomitees.

Das Subkomitee für Sozialversicherung hielt heute seine letzte Sitzung ab. Der Vorsitzende Dr. Winter konstatierte im Schlusssatz, daß der Ausschuss ein Wert vollbracht habe, das er wohl als das wichtigste in der Gesetzgebung der Republik bezeichnen könne. Der Ausschuss hat sich seiner Aufgabe ehrenvoll entledigt. Die Art, wie im Subkomitee gearbeitet wurde, kann allen anderen Ausschüssen zum Muster dienen. Alle Mitglieder, mögen sie nun diese oder jene Richtung vertreten, waren von dem Bestreben geleitet, die Vorlage in kürzester Zeit zu verhandeln. Abgeordneter Laube dankte im Namen der Mitglieder des Subkomitees dem Abgeordneten Dr. Winter für die konstante Arbeitsführung im Subkomitee. Um ein Uhr mittags wurde die Sitzung des Subkomitees geschlossen.

Nachmittags trat der sozialpolitische Ausschuss zusammen, auf seiner Tagesordnung befand sich erstens die Sozialversicherung und zweitens ein Initiativantrag Dr. Bartosch: Regelung der Bezüge der Strafwärter und Straßenmeister.

### Ein bezeichnender Zwischenfall.

Der Vorsitzende beantragte die Umstellung der Tagesordnung und die Verhandlung des zweiten Punktes mit Rücksicht darauf, daß der Bericht des Subkomitees über die Sozialversicherungsvorlage erst später zur Verteilung gelangen werde. Berichterstatter über den Antrag Bartosch ist der Nationalsozialist Langr. Doch bevor er das Referat erstattete, meldet sich der Vertreter des Ministeriums des Innern, Ullrich, zum Worte, welcher mitteilte, daß die Regierung selbst auch eine Vorlage vorbereite, durch welche nicht nur eine Regelung der Bezüge der Strafwärter und Straßenmeister in den historischen Ländern,

sondern auch in der Slowakei und Karpathenland vorgenommen werden solle. Mit Rücksicht auf diesen Umstand, jedoch auch darauf, daß einzelne Bestimmungen des Initiativ-Antrages Bartoschs unannehmbar sind, ersuchte er, von der Beratung dieses Antrages abzusehen und die Regierungsvorlage abzuwarten.

Der Berichterstatter Langr schloß sich diesem Begehren des Regierungsvertreters an und beantragte die Abweisung des Punktes von der Tagesordnung. Genosse Laub verteidigte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß ein Regierungsvertreter sich erlaube, zu sagen, daß eine Vorlage unannehmbar oder unannehmbar sei; es sei einzig die Sache der gesetzgebenden Körperschaft, zu entscheiden, ob irgend ein Antrag annehmbar sei. Im übrigen gab er der Meinung Ausdruck, daß die Zurückstellung der Vorlage nicht aus dem vom Regierungsvertreter angeführten Grunde, sondern hauptsächlich deshalb erfolge, weil es sich um den Antrag eines Abgeordneten handelt, dem das Mandat aberkannt wurde und dem man einen solchen Erfolg nicht gönne, obwohl doch der Antrag zweifellos im Einklang mit der Nationalsozialistischen Partei abgefaßt und mit Bewilligung der Koalition, wie dies in diesem Hause schon üblich ist, zur Beratung im sozialpolitischen Ausschuss gestellt wurde. Er beantragte in die Beratung einzugehen. Der Vorsitzende teilt mit, daß ihm von der Koalition nicht die Bewilligung erteilt wurde, die Vorlage auf die Tagesordnung zu stellen, sondern daß dies über Ersuchen des Berichterstatters Langr und über Auftrag des Präsidiums des Hauses, zugeordnete Initiativanträge zu behandeln, erfolgt sei. Der Antrag Laub wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

### Gegen die beabsichtigte Aussetzung der Arbeitslosenunterstützung.

Hierauf begründete Abg. Brožík die Notwendigkeit der Tagung des sozialpolitischen Ausschusses, um die Sozialversicherungsvorlage fertigzustellen, damit der Berichterstatter während der

Ferien den Bericht für das Haus zusammenstellen könne.

Vor Eingang in die Tagesordnung erteilte er dem Genossen Schäfer zu einer Anfrage das Wort, welcher darauf verwies, daß bei der parlamentarischen Verhandlung über die Verlängerung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung und die Bewilligung des erforderlichen Kredites weder von der Regierung noch von dem Referenten des Umstandes Erwähnung getan wurde, daß die Absicht bestehe, eine Veränderung in der Höhe der Unterstützungssätze im Verordnungswege herbeizuführen. Im Gegenteil; als von unserer Seite erklärt wurde, daß man mit den angesprochenen Beträgen nicht das Auslangen finden könne, versicherte der Referent, daß die weiteren notwendigen Beiträge neuerlich angesprochen werden sollen. Es mute nun ganz eigenartig an und sei wohl einzig dastehend, daß man jetzt, einige Tage nach der unveränderten Verlängerung des Arbeitslosenfürsorgegesetzes, eine einschneidende, die Arbeiterschaft sehr schädigende Drosselung der Unterstützungssätze in den Blättern ankündigt. Schäfer protestierte auf das schärfste gegen einen solchen Vorgang und stellte an die Regierung die Anfrage

ob die angekündigte Drosselung der Unterstützung (tatsächlich durchgeföhrt) wird, mit welchen Notizen die Regierung diese Kürzung begründet und warum sie von dieser Absicht nicht bereits bei der Beratung des Arbeitslosenfürsorgegesetzes Mitteilung gemacht hat.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Antwort auf diese Frage in der morgigen Sitzung, bei Beratungen des ersten Abschnittes der Sozialversicherungsvorlage erfolgen wird.

### Die Regierungserklärung.

Minister Hofmann gab sodann eine Erklärung ab, in der er allen Mitgliedern des Subkomitees, vor allem aber seinem Vorsitzenden Dr. Winter dankte.

Der Wunsch der Arbeiteröffentlichkeit nach Veröffentlichung der Arbeit an der Sozialversicherung sei begreiflich.

Es sei das ein Beweis des tiefen Verständnisses für den Gedanken der Versicherung aller gegen Lohn Arbeitenden. Die Gesetzgebung dieses Wunsches sei durch die Arbeit des Subkomitees ihrem Ziele bedeutend näher gerückt. Nach der Beendigung des Werkes des Subkomitees übergeht die Aufgabe der Verhandlung der Sozialversicherung auf das Plenum des sozialpolitischen Ausschusses. Die Regierung verlangt, daß der sozialpolitische Ausschuss noch vor seinem Eintritt in die Ferien die Vorlage prüft und zu Ende berät, damit dem Berichterstatter die Möglichkeit geboten werde, seinen Bericht fürs Plenum des Abgeordnetenhauses ausgearbeitet. Der Minister bespricht sodann den Stand der Arbeiten für die Sozialversicherung der selbständig erwerbstätigen Personen. Er schließt:

„Ich habe die Ehre, im Namen der Regierung dem Ausschuss zu versichern, daß die Regierung alle Möglichkeiten zur Beendigung der Verhandlung der Sozialversicherung des gesamten arbeitenden Volkes bieten werde und daß sie entschlossen ist, alles zu tun, um dieses große Werk zu vollenden und den heißen Wunsch des arbeitenden Volkes in kürzester Zeit zu erfüllen. Ich wünsche dem Ausschuss bei seinen Arbeiten vollen Erfolg.“

Zur Tagesordnung Winter.

Abg. Winter teilt mit, daß sich das Subkomitee dahin geeinigt hat, daß im Plenum des Ausschusses die Beratung der Sozialversicherungsvorlage abschließend vorgenommen wird

## Die kleine Lotte.

Von Simone Bobbe.

übersetzt von Dr. Anna Rukhbaum, Copyright by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien.

Um diese Zeit vermählten sich die Décoiffer — heimlich — wie man etwa bei Nacht und Nebel ausruht. Der Tag, den sich Annette als den schönsten ihres Lebens vorgestellt hatte, war wie alle anderen. Sie mußte wie gewöhnlich in der Werkstatt erscheinen. Um elf Uhr verstand sie, um beim Vorstand ihres Bezirkes eine etwas verspätete Erlaubnis einzuholen, welche der liebe Gott eine halbe Stunde später zu bestätigen geruhte. Man aß in einem Restaurant an der Porte St. Martin zu Mittag, zwei Franken fünfzig pro Person, mit den vier Zeugen, unter denen ausgwählt, die man sonst fast niemals sah. Am Nachmittag sah Annette wieder an ihrem Arbeitsplatz. Sie war dem Weinen nahe. Mitteilen durfte sie es niemandem, aber sie konnte sich doch nicht enthalten, das Geschehnis den alten Arbeiterinnen des Hauses kundzutun, die sie noch als junges Mädchen gekannt hatten. Sie alle bemerkten, daß seit dem Tage ein Hauch von Wohlstand über dem Wesen ihrer Arbeitgeberin lag. Auch wurde ihr Urteil über die Jüggeligkeit von einigen unter ihnen von einer gewissen Strenge, an die sie sie bisher nicht gewöhnt hatte.

Auch Eliane heiratete, sie hatte keine Mitgift, ihr Vater mußte es Madame du Sartoy gestehen, aber das Haus würde einmal ihr gehören, und sie besaß eine Ausstattung. Um das Vorhandensein dieser Ausstattung zu betätigen, fuhr Annette und ihre Tochter einen Monat lang im Wagen, brachten große, halbleere Schachteln in die den jungen Ehegatten bestimmte Wohnung. Madame du Sartoy ermannte nicht, dies ihrer Schwiegertochter vorzu-

halten, so oft sie später miteinander in Streit gerieten. Die beiden Frauen lebten zusammen.

Das ist die Geschichte, welche Charlotte von Armandine erzählt. Diese weiß sie von Julie, die sie wieder von einer alten Arbeiterin hat; denn früher, als sie noch mehr mit ihnen verkehrten, vertrauten sich die Décoiffer ihren Arbeiterinnen an.

Julie ist eine Frau von fünfundsünfzig Jahren, klein gewachsen, ein wenig dick; in Schwarz gekleidet, mit einem weißen Kragelehen um den Hals. Ihre Haare, noch schwarz und von Pomade triefend, legen sich zu beiden Seiten der Stirn in Schmahlloden. Sie fehlt von drei Tagen einen. An diesem Tag hat sie ihre Magenkrämpfe. Armandine behauptet, sie lämen von ihrer Gewohnheit, immer zu essen, ohne etwas dazu zu trinken. Sie tut es aus Sparsamkeit. Sie arbeitet sehr langsam und verdient kaum einen Franken fünfzig im Tag. Trost dem bringt sie es fertig, Puder, Schminke, Rohlenstift zu kaufen, die sie braucht, um sich das Gesicht zu „machen“. Sie hat sehr kleine, lastenbrennende Augen, fast keine Wimpern, gar keine Augenbrauen. Tochter sehr armer Eltern, die mit gegenseitigem Prügelein viel mehr beschäftigt gewesen als damit, sie zu erziehen, war Juliens Traum, seit ihrer Kindheit, sich aushalten zu lassen. Endlich, nach vielen Enttäuschungen, war es ihr gelungen. Ihr Liebhaber war alt, verheiratet, aber von seiner Frau getrennt, ein kleiner Rentner. Lange Jahre hatte er sie angebetet, bemühte sich, sie in der guten Meinung zu bestärken, die sie von sich hegte. So begann sie zu glauben, daß jede ihrer Bewegungen, jedes Wort irgendwie besonders, eigentümlich, bedeutungsvoll waren.

Der Dumpflop wurde krank, ehe er Juliens Zukunft sicherstellen konnte. Sie hatte es ihm nicht verziehen, war nicht ins Spital gegangen, in dem er starb. Viel wichtigere Sorge

war ihr, einen anderen braven Liebhaber zu finden, um leben zu können.

Alle ihre Versuche fielen unglücklich aus. Der letzte vor allem. Er war allgemeiner Gesprächsstoff, rief unter den Damen der Werkstatt große Heiterkeit hervor, gerade als Charlotte kam.

Julie hatte einmal, an einem Kolikentag, die Arbeit mit nach Hause genommen, sah an ihrem Tisch, unter ihrem Fledermausfenster, da rief ihr ein Schieferdecker, der eben daran war, das Dach auszubessern, hinüber:

„De — kleine Frau — geht's?“

„Bald war man im Blaubern. Um es bequemer zu haben, stieg der Dachdecker in ihr Zimmer. Die Möbel, die Sauberkeit gefielen ihm ebenfögt wie die Reize der Bewohnerin. Am nächsten Tag brachte er sein kleines Mädchen mit. Eine abschleudige Person hatte es ihm zurückgelassen, war auf und davongegangen. Er war ein hübscher Mann von dreißig Jahren. Julie übernahm es, ihn zu trösten, unter der Bedingung, daß er ihr seinen Lohn bringe. Sehr lustig erschien sie dann bei Décoiffer, erklärte, daß sie von nun ab daheim arbeiten werde. Täglich lieferte sie die Arbeit ab, bekam ihr Geld. Um die Werkstatt führen zu können, nahm sie sogar Vorstoß. Sie belaubete das kleine Mädchen, schickte es zur Schule, der Vater kam zum Abendessen. Der Donimonat dauerte eine Woche. Am Sonnabend, dem Lohnstag, zeigt sich der Mann nicht mehr. Auch das kleine Mädchen nicht. Julie läuft in die Schule, man kennt ihn dort nicht. Die arme Frau wird krank vor Enttäuschung.“

„Meine arme Julie,“ sagte Martha — „na — Sie haben aber eine Einbildung, zu glauben, daß ein Mann von dreißig Jahren sich lange den Spatz machen wird, mit Ihnen zu schlafen. Sie sind eine richtige Gans. Aber so ein Appetit — in Ihrem Alter — ekelhaft!“ „Diest!“ antwortet Julie wütend.

Sie ruft Armandine zum Zeugen an: Ziehen Männer, die was auf sich halten, nicht ernste Frauen, wie sie beide es sind, der Art von Martha vor?

Armandine lächelt.

„Hören Sie mal, Julie. Es ist nicht ganz dasselbe — hin doch immerhin zehn Jahre jünger als Sie.“

Daraufhin wirt sich Martha hintenüber in ihren Stuhl, hält sich die Seiten, erfüllt die Werkstatt mit Lachsalben, die man bis auf die Straße hört.

Martha ist ein hübsches Mädchen von siebzehn Jahren, groß, gut gewachsen, mit schönen, braunen, gewellten Haaren, die kupferfarbene schimmern. Ihr Gesicht ist von mattweicher Farbe, regelmäßig, Nase und Lippen schmal. Sie sind immer zu einem spöttischen, zweideutigen Lächeln geöffnet. Wunderschöne schwarze Augen, deren Glanz fast unerträglich wird. Fällt es ihr ein, von Vater Décoiffer eine Arbeit eher als eine andere zu verlangen, und ist er selbst verschiedener Meinung, beist er sich doch, ihr zu Gefallen zu sein, nur damit sie ihn nicht mehr anschau. Wendet sie den Kopf nach dem Träger, wenn er mit den Schachteln heimkehrt, läßt der Unglückliche alles fallen, was er in Händen hat. Das ist ein großer, rothaariger, struppiger Burche, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Er macht ihr ausdauernd den Hof. Steht sie am Fenster — nicht lange, so gibt es auch Männer auf dem Bürgersteig gegenüber. Man weiß nichts Genaues über sie. Sie gibt vor, in der Gegend von Jabel mit ihrer Mutter und drei Brüdern zu wohnen. Sie treiben sich herum, fangen Fische in der Seine und Marne, nachts, mit dem Wurmfisch. Sie sagt auch, sie habe einen Liebsten, „im Grünen“, in der Gefangenenanstalt Poissy.

(Fortsetzung folgt.)

und daß Anträge zu sämtlichen Paragraphen eines Abschnittes erledigt und die Debatte über den ganzen Abschnitt geführt werden soll. Da ein Einwand gegen diesen Vorschlag nicht erhoben wurde, referierte er über die wichtigsten Änderungen, welche durch das Subkomitee am ersten Abschnitte (Kreis der Versicherten, Umfang der Versicherung) vorgenommen wurden und führt jene Argumente an, welche gegen die Einbeziehung der Unfallversicherung und Pensionsversicherung in die Allgemeine Sozialversicherung sprechen. Er meint, daß die Vereinheitlichung, bezw. die organisierte Eingliederung der Unfallversicherung erst erfolgen könnte, wenn die Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes vorgenommen werden wird. Gegen die Einbeziehung der Arbeitslosenfürsorge in die Versicherung nimmt er mit der Begründung Stellung, daß seiner Ansicht nach das Genet System die einzige Möglichkeit der Fürsorge bildet und daß man auch dann, wenn man anderer Ansicht wäre und der Arbeitslosenversicherung zustimmen könnte, doch nicht für die Eingliederung der Arbeitslosenversicherung eintreten könnte, weil es sich da um ganz verschiedene Risiken handele. Es könnte höchstens die Betrauung der Krankenkassen mit der Durchführung der Arbeitslosenversicherung in Erwägung gezogen werden.

**Tobias** regte an, daß der Ausschuss sich noch heute über die Arbeitszeit einigen möge.

Dagegen erklärte **Winter** eine solche Einigung erst dann für möglich, wenn man einige Erfahrungen über den Fortgang der Verhandlungen des Ausschusses gesammelt habe. Er regt an, daß eine Vereinbarung über die Fortsetzung der Verhandlungen erst am Donnerstag getroffen werden soll, wo es sich entscheiden wird, ob man diese Woche fertig wird, oder ob längere Verhandlungen notwendig sind. In letzterem Falle wäre es dann allenfalls möglich, eine kürzere Arbeitszeit festzusetzen. Wenn hingegen die Verhandlungen bis Donnerstag zeigen, daß man diese Woche fertig werden könnte, ist eine Forcierung erwünscht. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen.

Nächste Sitzung heute, 2. Juli, 9 Uhr vormittags.

### Inland.

#### Parteitag der tschechischen Unabhängigen.

Als sich bei der Abstimmung über das Gesetz zum Schutze der Republik eine von Dr. **Brbenšky** geführte Gruppe der tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten gegen einige besonders drakonische Bestimmungen des Gesetzes wandte und deshalb wegen Bruchs der Koalitionsdisziplin aus der tschechischen nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen wurde, erfolgte die Gründung der sogenannten tschechischen „sozialistischen Einheitspartei“. Diese Partei umfaßt nicht nur die gesühlmäßig zum Sozialismus gelangte **Brbenšky** Gruppe, die besonders in der nationalen Frage eine nicht ganz sozialistische Politik propagierte, sondern auch eine von der tschechischen Sozialdemokratie abgewandte und unter Führung der Abgeordneten **Brodecky** und **Klein** stehende Gruppe von Linksozialisten. Von dieser Zusammenfassung versprachen sich die Führer beider Gruppen die Schaffung einer unabhängigen sozialistischen Massenpartei, die der Koalitionspolitik der beiden anderen tschechischen sozialistischen Parteien hätte entgegenwirken sollen und die vor allem jene Arbeiter, die mit der Rechtspolitik der tschechischen Sozialisten nicht übereinstimmen, sich aber auch den Kommunisten nicht in die Arme werfen wollten, hätte umfassen sollen. Die Entstehung dieser Massenpartei ist bekanntlich ein frommer Wunsch geblieben, vor allem wohl deshalb, weil die Führer dieser Partei ideologisch vollkommen uneinig waren. Kein Wunder daher, wenn sich jetzt die Unstimmigkeiten soweit verschärft haben, daß die Abgeordneten **Brodecky** und **Klein** an Verhandlungen mit der tschechischen Sozialdemokratie entweder denken

oder bereits in Verhandlungen stehen, um ihren Anhängern die Rückkehr zur tschechischen Sozialdemokratie möglichst zu machen, eine Rückkehr, die eben im Interesse der Einheit der tschechischen Arbeiterbewegung nur freudig begrüßt werden könnte. Die Rückkehr könnte auch der tschechischen Sozialdemokratie nicht anders als willkommen sein, denn sie würde eine ganze Reihe alter Gewerkschafter wieder zurückgewinnen.

Schon die Aufmachung des Parteitages zeigte, daß es wohl der letzte gemeinsame Beider Gruppen gewesen ist. Am Samstag gab es eine Vorberatung der **Brbenšky** Gruppe, in der Dr. **Brbenšky** eine Erklärung über „die neuen Verhältnisse“ abgab. In einer am selben Tage stattgefundenen Sitzung beider Aktionsausschüsse erklärten die Abgeordneten **Brodecky**, **Klein** und **Charvat**, daß sie gegen die programmatischen Grundzüge der Partei Einwendungen erheben müssen. Die Fragen der Diktatur des Proletariates und des Generalstreikes gaben den Anlaß zu diesen Meinungsverschiedenheiten. Man einigte sich dahin, daß sich die **Brbenšky** Gruppe als eigene Partei konstituieren würde und daß über das Verhältnis zu **Brodecky** später entschieden werden soll. Am Sonntag konstituierte sich also die **Brbenšky** Gruppe als „unabhängige sozialistische Arbeiterpartei“ in Anwesenheit eines kleinen Teiles der unabhängigen Sozialdemokraten, die **Brodecky** die Gefolgschaft verlagten. Der weit aus überwiegende Teil der unabhängigen Sozialdemokraten hielt eine gesonderte Beratung ab, in der erklärt wurde, den von **Brbenšky** aufgestellten programmatischen Grundzügen nicht die Zustimmung geben zu können. Diese vom Abgeordneten **Klein** verlesene Erklärung scheint der Anfang vom Ende der widernatürlichen Bindung der auf marxistischer Grundlage stehenden tschechischen unabhängigen Sozialdemokraten und der romantischen **Brbenšky** Sozialisten zu sein.

#### Kreibich hat einen Fünfer bekommen.

Die ganze **RP** hat, wie wir bereits berichteten, in diesem Schuljahr sehr schlecht abgesehen. Oberlehrer **Sinowjew** hat ganz elende Zensuren ausgeteilt. Nicht nur **Smeral**, der ja schon mehrmals ermahnt und geladelt wurde, hat in der Konferenz selbstverständlich ein Nichtgenügend erhalten — auch **Kreibich**, der bisherige Vorschüler, mußte diesmal einen Fünfer einstecken. Kein Wunder auch. Früher gab er immer viel bessere Antworten als der **Smeral**, in der letzten Zeit aber schrieb er gar, wie sich herausstellte, von **Smeral** ab. Bei der Schlussprüfung (am achten Sitzungstag des Weltkongresses der Kommunisten) wandte er sich gegen die Methoden der Kritik an der **RP**, gegen die oppositionelle Fraktion innerhalb der Partei und meinte schließlich:

„In der Einheitsfrontfrage sollte weniger über die Entlarbung gesprochen werden. Die Arbeiterregierung sei im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zum Zweck der Sprengung der bürgerlichen Demokratie möglich. Auf dem 4. Kongress sprach Genosse **Sinowjew** über die Möglichkeit von Koalitionen von Arbeiterparteien. Gegenwärtig spricht **Sinowjew** dagegen. Hier sei ein Widerspruch, der geklärt werden müsse.“

Das war dem **Sinowjew** natürlich zu viel auf einmal. Schickt dieser **Kreibich** noch von **Moskau** aus tägliche Artikel an den „Vorwärts“, in denen er die Sozialdemokratie beschimpft, verflucht und „entlarvt“ — und dann ist er auf einmal gegen die Entlarbung! Und nicht nur das. Der Verspötter der Demokratie plädiert plötzlich für die Arbeiterregierung innerhalb der „bürgerlichen Demokratie“. Das läßt sich ein **Sinowjew**, dem der **Kreibich** doch noch immer Tabak holen könnte, selbstredend nicht bieten. Und er spricht:

„**Kreibich** war ein Linker und wurde ein Rechter. Es wäre gut, wenn er den Mittelweg fände.“

Zähneknirschend — oder gar voll Freude? — brudt der „Vorwärts“-Redakteur das harte Wort gegen **Kreibich** ab, der nicht nur einmal links und dann rechts war, sondern schon sehr viele „Mittelwege“ passierte, seitdem er die Sozialdemokratie auf dem Umwege über die Schwestern des Jesuiten und des Jaderlich verlassen hat. Dergleichen steht er eben wieder einmal „rechts“. Morgen vielleicht wird er sich aber wieder für das „Meer von Blut und Tränen“ begeistern, durch das die Arbeiter „geführt“ werden müssen. Bis dahin hält er es mit der „Passivitätstheorie“, die nach dem Worte eines norwegischen Führers der „Kommunisten“ zur Zeit die **RP** beherrscht. Und dafür bekam er von **Sinowjew** einen Fünfer. Ohne Reifzeugnis kehren beide, **Smeral** und **Kreibich**, in ihre Vaterhäuser zurück.

#### Österreichische Völkerverbundpolitik.

Wie bereits bekannt, tagt zurzeit in Lyon ein Kongress der Völkerverbündigen, von dem wir uns durchaus keine weiterführenden Beschlüsse versprochen, von dem man aber doch zumindest einen Fortschritt, wenn auch einen winzigen, keineswegs aber einen Rückschritt erhoffte. Vorläufig sind aber diejenigen, die in dieser Hinsicht guten Willens und Glaubens waren, durch folgende Meldung enttäuscht worden:

**Lyon, 1. Juli. (Havas.)** Der Ausschuss für Minderheiten hat unter dem Vorsitz **Dilmons** die Angelegenheit der Beschränkung der Minderheiten vor dem Völkerverbunde behandelt. Der Sitzung wohnten auch alle Mitglieder des Rechtsausschusses bei. Gegen den von der juristischen Subkommission ausgearbeiteten Plan wurden schwere Bedenken geltend gemacht, namentlich hinsichtlich der Berechnung von Zügen, Experten und der Enquete an Ort und Stelle. Von tschechoslowakischer Seite ergriff Senator **Brabec** das Wort. Seine Einwände wuchsen von der politischen, rumänischen und griechischen Delegation unterstützt. Senator **Brabec** erinnerte an die Erfahrungen, die in solchen Fällen bei der Einberufung von Zügen gemacht wurden und wies besonders auf die Verhandlungen des Minderheitsausschusses von 1921 hin. Es wurden weitere Bedenken gegen ein solches Vorgehen vorgebracht, welches mit dem Ansehen des Staates unvereinbar, und für die innere Konsolidierung des betreffenden Staates gefährlich sei. Nach ausführlicher Debatte wurde der tschechoslowakische Antrag mit großer Stimmenmehrheit gebilligt, demzufolge von der Anhörung von Zügen und Experten, sowie von einer Enquete an Ort und Stelle abzusehen ist.

**Herr Brabec**, der Vertreter der Tschechen in dieser Versammlung der Völkerverbündigen, hat mit seinem Antrag bewiesen, daß er der Anwalt nicht großzügiger Völkerverbundpolitik, sondern vielmehr der Sprecher der tschechischen Nationalen Chauvinisten ist. Und der Ausschuss für Minderheiten, der den Antrag des Herrn **Brabec** annahm, erzeugte dadurch berechtigte Zweifel an der Arbeitsfähigkeit und Objektivität derer, die die Mehrheit unter den Delegierten der Völkerverbündigen besitzen. Wenn weder Zeugen noch Sachverständige über die Lage und die Forderungen der Minderheiten vor einem internationalen Ausschuss für Minderheiten gehört werden sollen und wenn weiter nicht einmal an Ort und Stelle mehr eine Enquete abgehalten werden darf, die die Dinge mit eigenen Augen prüft, so bleibt beinahe kein Mittel übrig, durch das die Minderheiten im Wege der Völkerverbündigen ihre Beschwerden vertreten und weiterleiten können, kein Mittel, durch das sich die Versammlung der Eigenvertreter von der Richtigkeit und Unrichtigkeit der auf andere Weise vorgebrachten Beschwerden überzeugen kann. Wenn sich der Ausschuss für Minderheiten darauf einrichten sollte, dem Herrn **Brabec** Order zu parieren, wird dieser Ausschuss zu einem Ausschuss gegen die Minderheiten und wertlos.

## Telegramme.

### Die Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet. Sieg der Sozialdemokratie. — Niederlage der Kommunisten.

**Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.)** Ueber die Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet lagen bis heute abends die Ergebnisse aus 537 Sprengeln vor. Nach diesen Ergebnissen ist im Vergleich zu den letzten Betriebsrätewahlen und insbesondere zu den Reichstagswahlen vom 4. Mai ein bedeutender Rückgang der radikal-kommunistischen Stimmen zu verzeichnen. Man muß sich vor Augen halten, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten in den meisten Bezirken geschlagen hatten. Diesmal erhielten der sozialdemokratische Deutsche Bergarbeiterverband 96.000 Stimmen, der christliche Gewerkschaftsbund 50.000 und die Unionisten und Kommunisten der verschiedenen Richtungen zusammen knapp 50.000 Stimmen. Es zeigt sich also, daß der Ausschlag nach links auch im Ruhrgebiet wie in anderen Gebieten des Reiches bedeutend nachgelassen hat.

### Finanzdebatte in Wien.

**Wien, 1. Juli. (AB.)** Der Nationalrat führte die Debatte über den Bericht des Finanzministers **Kienböck** betreffend die Genet Verhandlungen durch. Der Sozialdemokrat **Dr. Bauer** konstatierte als einziges erfreuliches Ergebnis der bisherigen Sanierung eine wirkliche Stabilisierung der Krone, woran ein Teil des Verdienstes auch den Sozialdemokraten zufalle. Das Beispiel Deutschlands, Bolens und Sowjetrußlands lege aber die Frage nahe, ob dieses Ergebnis nicht auch ohne Genet zu erzielen wäre. Trotz der Unterstützung der Opposition habe die Regierung in Genet nichts erreicht. Er protestierte dagegen, daß die Regierung die Pensionisten von der Befehlshaberreform ausschließe.

Finanzminister **Dr. Kienböck** erklärte, **Abg. Dr. Bauer** erkenne an, daß in der Politik der Stabilisierung des Geldwertes ein erheblicher Erfolg erzielt worden ist. Er hat aber nicht von den großen Fortschritten gesprochen, die in bezug auf die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt gemacht worden sind. Der Minister begreife, daß der Oppositionsredner dies nicht hervorheben wollte, obwohl er den Wert dieses Erfolges ebenso einschätzen weiß, wie die Mehrheit. In Besprechung der Rentenfrage wies **Dr. Kienböck** die Behauptung zurück, daß es in Genet irgend ein Diktat gegeben habe. Es ist unmöglich, im Rahmen des alten Budgets für die Beamten und Pensionisten mehr zu geben, als die Regierung vorgeschlagen hat.

Der christlichsoziale Abgeordnete **Wanaja** hob als wesentlich die Feststellungen des Sprechers der Opposition hervor, daß die Stabilisierung der österreichischen Krone erreicht sei und daß man dank diesem Umstande sicher sein könne, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Der Redner stellte fest, daß das Hauptverdienst an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Österreich in erster Linie dem Bundeskanzler **Dr. Seipel** gebühre. Die an den Genet Verhandlungen geübte Kritik entspreche nur dem Gefühl einer zu hoch gespannten Erwartung.

Der Großdeutsche **Waber** stellte fest, daß eine weit über die bloße Stabilisierung des Geldes hinausgehende Besserung der Verhältnisse als Folge der Sanierung eingetreten ist. Er hofft, daß die Befriedung der wirtschaftlichen Verhältnisse fortgeschritten werde und daß man in der Rentenfrage zu einem entsprechenden Einvernehmen gelange. Nächste Sitzung Freitag.

### Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

## Friedrich Gottlieb Klopstock.

(Zu seinem 200. Geburtstag am 2. Juli.)



Ein Jubiläum wie der zweihundertste Geburtstag eines Dichters von gewisser literaturhistorischer Geltung zwingt die ganze Öffentlichkeit wohl oder übel, sich der Bedeutung dieses Dichters bewußt zu werden. So wird auch in diesen Tagen der Ruhm **Klopstocks** neu erklingen

und das bekannte, auch heute noch über den Einzelfall hinaus allgemeingültige Wort Lessings Recht behalten:

„Wer wird nicht einen **Klopstock** loben? Doch wird ihm jeder lesen? Nein! Wir wollen weniger erheben Und fleißiger gelesen sein.“

Wir wollen uns gar nicht verhehlen, daß **Klopstock** heute den breiten Massen des Volkes fremd ist. Eine Würdigung seiner Persönlichkeit kann im wesentlichen nur noch literaturgeschichtlichen Charakter haben. Gewiß enthält das Werk dieses Dichters manche unterganglichen künstlerischen Reize, aber diese Reize erschließen sich vorwiegend nur noch Menschen mit einer sehr gepflegten ästhetischen Kultur. Das literarische Durchschnittspublikum wird heute bei den ungewöhnlichen antiken Vermaßen, den zahlreichen, laun noch verständlichen mythologischen Anspielungen, der vielfach lehrhaften Tendenz und dem häufigen, im Geschmack der Entstehungszeit begründeten Schwulst des Ausdrucks in **Klopstocks** Dichtung nicht mehr warm werden.

Die literaturgeschichtliche Bedeutung dieses Dichters steht gleichwohl für alle Zeiten unbestritten fest. Mit ihm beginnt das Zeitalter der modernen deutschen schönen Literatur. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war der deutsche Dichtung, so weit man von ihr überhaupt sprechen kann, in dummer, äußerlicher Versbrecherei erstarrt, die aus slavischer Beobachtung französischer Versichnis und epischer poetischer „Regeln“ entstand. Wo sich schüchtern eine gewisse

Selbständigkeit hervortrug, sagte sie, wie bei den sogenannten „Anatronten“, nicht über eine spielerisch gefällige, flache Poesie des harmlos heiteren Lebensgenusses hinaus. Mit Erbitterung wehrte sich der strenge Leipziger Literaturpapst **Gottsched** gegen die in der Schwere erwachende Opposition, die verkörpert durch **Bodmer** und **Breitinger** und ihre Jünger, nach englischem Vorbild wieder Naturlaute in der Dichtung hören wollte. **Klopstock** hat diesen Ruf aufgenommen, dem hölzernen, hohlen Versglockner **Gottscheds** und seiner Schule die Fehde angefangt und als erster moderner Dichter echtestes, innerstes, lebendigstes Empfinden in eine schweizerische Form gepreßt, die nur wahrer dichterischer Begabung hat erblühen können.

**Miltons** Epos „Das verlorene Paradies“ ist das Vorbild von **Klopstocks** großem und dem Namen nach bekanntestem Werke, dem Epos in zwanzig Gesängen, „Der Messias“, an dem der Dichter jahrzehntelang gearbeitet hat. Der von dem Engländer gestaltete Gesang des Sündenfalls der ersten Menschen steht hier die Passionsgeschichte des Neuen Testaments gegenüber, und **Klopstock** hat geradezu, wie er in seiner Ode „Die beiden Muen“ allegorisch ausdrückt, danach getrachtet, den Dichterruhm seines Vorgängers zu überstrahlen. In seiner Entstehungszeit hat „Der Messias“ ungeheures Aufsehen erregt. Heute vermögen uns der Pietismus und die Weitschweifigkeit dieses Werkes kaum noch tiefer zu erregen. Immerhin enthält es Stellen von ewiger Schönheit, wie etwa die Charakteristik des gefallenen Engels **Abadona** und der Römern **Portia**, und entfaltet bisweilen, vor allem am

Schlusse, einen hymnischen Schwung, der unwiderstehlich mitreißt.

Aus dem „**Messias**“ wird offenbar, daß **Klopstock** mehr Christ als Epiker ist. Ihren Höhepunkt erreicht seine Kunst deshalb in seinen Oden, besonders dort, wo er das antike Versmaß sprengt und die nüchternen Betrachtungen vermeidet, die sich leider nur allzu oft in seine dichterische Anschauung drängen. Aus dem moralisierenden Zuge ist das Vorurteil entstanden, **Klopstock** sei zeitweilig ein weltabgewandter Asket und Tugendprediger gewesen. In Wirklichkeit huldigt der junge **Klopstock** einer gesunden Sinnenfreude von ähnlicher Ursprünglichkeit und Hingebetheit wie später der junge **Goethe**, und aus tiefstem Herzensgrunde preist er in einer seiner herrlichsten Oden, dem „Zürchersee“, die „Göttin Freude“ und den „entzauberten Mund der Liebe“. Freilich kommt an anderen Stellen auch seine sentimentalische Beschwertheit zum Ausdruck. Lebhaftes Naturgefühl und religiöse Innerlichkeit, bald schwärmerisch zart, bald glühend ekstatisch hervorbrechend, verleihen seinen Oden ihren Stimmungszauber und die bilderreiche Sprache erhöht noch ihren Reiz. So mußte manche lyrische Verse **Klopstocks** den genialen Musiker zur Vertonung locken; so ist noch heute ein Gedicht wie „Das Rosenband“ in der Vertonung von **Schubert** und der Aufstehungschoral in der grandiosen musikalischen Umkleidung von **Gustav Mahler** lebendig.

Am nächsten steht **Klopstock** unserer Zeit durch seine Beziehungen zur französischen Revolution. Sein freihellischer Sinn jubelt dem Volke zu, das — ein „hundertarmer, hundert-

### Die Schwierigkeiten MacDonaldis.

London, 30. Juni. Ein Antrag, bei dessen Abstimmung die Regierung in die Minderheit gebracht wurde, sieht die Aufhebung der Bestimmung vor, wonach Wohltätigkeitsveranstaltungen der Luxussteuer unterworfen sind, sofern ihre Kosten 30 Prozent der Einnahmen übersteigen. Auf eine Anfrage Baldwin's, welche Schritte die Regierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenke, entwiderte Snowden, daß er die Stellungnahme der Regierung, falls eine Erklärung darüber notwendig sei, in einem späteren Stadium der Debatte bekanntzugeben werde. Baldwin beantragte daraufhin sofortige Vertagung der Debatte unter dem Hinweis, er wisse nicht, ob die Liberalen, die gegen den Antrag der Regierung stimmten, sich darüber klar seien, daß eine Niederlage dieser Art von sehr ernster Natur sei, denn es sei eine unvorstellbare parlamentarische Gewohnheit, eine Niederlage in Fragen der Finanzgesetzgebung als sehr folgenschwer anzusehen. Der Vertagungsantrag Baldwin wurde mit 237 gegen 159 Stimmen abgelehnt, wobei die Liberalen für die Regierung stimmten.

Zu der Niederlage der Regierung im Unterhause erfährt der Parlamentsberichterstatter des Reutersbüros, obgleich eine Niederlage in Finanzfragen immer als ernstliche Angelegenheit angenommen worden sei, die entweder eine unverzügliche Vertagung des Hauses oder eine Revision des Standpunktes oder auch den sofortigen Rücktritt des Kabinetts erforderlich mache, müsse man die heutige Niederlage der Regierung, die die 7. in dieser Session sei, doch unter dem Gesichtspunkte der unabweisbaren Erklärung betrachten, die MacDonaldis bei der Bildung seines Kabinetts abgegeben habe, nämlich, daß er auf eine Abstimmung des Hauses hin nur dann zurücktreten werde, wenn sie ausdrücklich die Vertrauensfrage verneine. Die Regierung sei in dem heutigen Ausfall der Abstimmung kein Mißtrauensvotum, betrachte sich in ihrer Haltung in dieser Frage nicht als gebunden und halte es daher nicht für nötig, in der Fortsetzung der Finanzgesetzdebatte eine Unterbrechung eintreten zu lassen.

### Schule, Volkstum und Völkerverjüngung.

Am Auffiger Kulturtage, den am 29. und 30. Juni 1921 der Reichsverband der sozialistischen Lehrer und Erzieher hielt, sprach Genosse Professor Theodor Hartwig, Dr. Mann, über Schule, Volkstum und Völkerverjüngung. Sein bedeutungsvolles Referat fasste der Redner in nachstehende Leitsätze zusammen:

1. Die Schule ist ein Politikum; sie steht im Dienste der herrschenden Klasse. Schulreform bedeutet Klassenkampf. Jedes Schulprogramm ist zugleich ein politisches Programm. Einheitschule, Auslese der Begabten, obligatorische Fortbildungsschule, Berücksichtigung der Individualperiode, schulmethodische Auswertung der Ergebnisse der experimentellen Psychologie, Arbeitsschule u. s. f. sind nur scheinbar rein pädagogische Forderungen. — Die herrschende Klasse hat ein besonderes Interesse an den sogenannten „höheren“ Schulen. Bildung und Vererbung sind Mittel der Klassenscheidung.
2. Erziehung ist bewußte Formung biologischer und soziologisch gegebener, körperlicher und seelischer Anlagen. Erziehung bezweckt Anpassung an wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben. Jede herrschende Klasse wurzelt in der Vergangenheit und sucht diese in der Seele der Beherrschten

„ängiger Riese“ — den monarchistischen Absolutismus abgeschüttelt und von dem „sogar das gräßlichste aller Ungeheuer, der Krieg, wird an die Kette gelegt!“ In feurigen Oden preist er „Galliens Freiheit“ als „des Jahrhunderts edelste Tat“ und spornt das deutsche Volk zur Nachahmung, und die französischen Revolutionäre haben ihm gleich Schiller mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes gedankt. Auch dem nordamerikanischen Befreiungskriege gilt seine Teilnahme und es ist in unserer antimilitarisch verrohten Zeit besonders bemerkenswert, daß er sich auch scharf dagegen wendet, „wie unser Böbel Kanaans Volk entmenscht“. Freilich bestimmt ihn auch seine Begeisterung für den „hohen Genius der Menschlichkeit“ zu einem scharfen Verdammungsurteil über die jakobinische Schreckensherrschaft, in die die französische Revolution schließlich ausartet.

Klopstocks historische Bedeutung liegt in seiner Rolle als Vorläufer und Wegbereiter des Zeitalters unserer klassischen Dichtung. Mit dem Auftreten des jungen Goethe ist diese Rolle ausgespielt. Aber in so mancher Probe seiner Kunst ragt er noch in unverwundlicher Frische in unser Zeitalter, und in Oden wie beispielsweise der „Frühlingser“ mit ihrer dithyrambischen Ergriffenheit und der gewaltigen Wucht ihrer Rhythmik, von der auch Goethe und Schiller sich haben fortweisen lassen, erkennen wir eine überraschend nahe Verwandtschaft mit dem modernen Expressionismus. So behält dieser Dichter heute für uns über seine geschichtliche Bedeutung hinaus auch seinen künstlerischen ewigen Wert.

Dr. Wilhelm Volze.

lebendig zu erhalten. Zu den seelischen Rückständen der Vergangenheit gehören religiöse und nationale Vorurteile; deren bewußte Züchtung zu politischen Jockern bedeutet seelische Korruption. Dieser Aufgabe dienen Kirche und — leider noch immer die — Schule.

3. In einem durch Klassenkämpfe zersplitterten Volk kann der Begriff „Volkstum“ nur negativ — nämlich durch den gemeinsamen Gegensatz gegen die fremde völkische Eigenart zum Bewußtsein gelangen. Artikel 148, Absatz 1 der neuen deutschen Reichsverfassung („In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Befähigung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverjüngung zu erstreben“) ist ein Signal aber kein Motiv, weil die sozialen Voraussetzungen für die praktische Durchführung fehlen. Auch der Krieg ist nur eine bestimmte Form der — durch Inkongruenz von Produktion und Absatzgebieten sich ergebenden — Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ernstiger Nationalismus ist seelische Kriegserklärung, Chauvinismus bewußte Reaktion: „Mit Krieg und Invasion vor Augen ist ein Volk sehr leicht zu regieren.“ (Anatole France.)

4. Das auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Proletariat bekennet sich zum Internationalismus als einer höheren Form des Nationalismus. Dieser sollte nicht mehr und — und auch nicht weniger — sein als Heimat der Seele. In diesem, nämlich kulturellen Sinne wäre das Volkstum in Sprache und Schrifttum in der Eigenart des Geistes und Geisteslebens an der Schule zu pflegen. Die Wissenschaft aber, an deren Ausbau alle Nationen mitgearbeitet haben, verleiht an und für sich den Geist der Völkerverjüngung.

5. Jede Schulreform bedeutet Lehrreform. Die herrschende Klasse hat aus reaktionären Gründen kein Interesse an einer Schulreform, daher auch kein Interesse an der materiellen und geistigen Förderung der Lehrerschaft; ihr Ideal ist der hierarchisierte und nationalistisch verheißene Lehrer. Die heutige Lehrerbildung ist in erster Linie Fachbildung. Der moderne Lehrer kann aber gar nicht vielseitig genug gebildet sein, denn der Erzieherberuf ist der lebendigste aller Berufe; er verlangt Kontakt mit der Wirklichkeit, mit der ökonomischen und geistigen Entwicklung. Ein Lehrer, der seelisch in der Vergangenheit wurzelt, ist ein pädagogischer Betreff und mag er methodisch noch so gut geschult sein. Ein Lehrer aber, der mit dem Fortschritt geht und dennoch der herrschenden Klasse Bütteldienste leistet, ist ein Lakai des Kapitalismus. Der proletarisierte und um seine kulturelle Entwicklung betrogene Lehrer hat in dem Kampfe gegen die wirtschaftliche und seelische Korruption der bestehenden Gesellschaftsordnung nichts zu verlieren als seine Ketten; er hat eine Welt zu gewinnen: die Welt der aufrechten Gesinnung — und diese ist wahres Volkstum. — Die Welt des Friedens und der Menschlichkeit, das dritte Reich, das Reich der sozialen Vernunft, das Reich der Kultur.

### Debitenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr. . . . .	Dollar 2,95,00
Berlin 100 . . . . .	Schweiz. Frank 16,63,75
Berlin 1 . . . . .	Mark 124,000,000,000,00
Wien 1 . . . . .	Österr. Kronen 2,100,00

Prager Kurze am 1. Juli.

	Gold	Wagn
100 holl. Gulden . . . . .	1281,00	1287,00
1 Billion Mark! . . . . .	8,07,50	8,27,50
100 belg. Francs . . . . .	153,50,00	153,00,00
100 schwed. Francs . . . . .	605,00,00	608,00,00
1 Pfund Sterling . . . . .	47,31,00	48,70,00
100 Lire . . . . .	47,00,00	48,50,00
1 Dollar . . . . .	34,00,00	34,30,00
100 franz. Francs . . . . .	179,25,00	180,75,00
100 Dinar . . . . .	39,37,50	39,87,50
10.000 magar. Kronen . . . . .	3,98,00	4,48,00
1.000.000 poln. Mark! . . . . .	6,53,00	6,61,00
10.000 österr. Kronen . . . . .	4,72,50	4,92,50

### Die Etats generaux. \*)

Von Friedrich Gottlieb Klopstock.

Der fühne Reichstag Galliens dümmert schon,  
Die Morgensterner dringen den Vortenden.  
Durch Mark und Wein; o komm, du neue,  
Lobende, selbst nicht geträumte Sonne!

Gefegnet sei mir du, das mein Haupt bedeckt,  
Mein graues Haar, die Kraft, die nach sechzig  
Fordauert; denn sie war's, so weit hin  
Brachte sie mich, daß ich dies erlebte!

Verzeiht, o Franken, (Name der Brüder ist  
Der edle Name), daß ich den Deutschen ein  
Juruste, das zu fliehen, warum ich  
Ihnen jetzt stehe, euch nachzuahmen.

Die größte Handlung dieses Jahrhunderts sei,  
So dacht' ich sonst, wie Hercules Friedrich  
Die Kette führte, von Europas  
Herrscherin bekämpft und den Herrschertinnen!

So den! ich jetzt nicht. Gallien knüet sich  
Mit einem Bürgerkranze, wie keiner war!  
Der glänzet heller — und verdient es —  
Schöner als Vorbeer', die Blut entschimmert.

\*) Das Parlament, das im Beginn der französischen Revolution auf ausdrückliches Verlangen des Volkes einberufen werden mußte und damit zuerst den europäischen monarchistischen Absolutismus erschütterte.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Ein kommunistisches Bekenntnis.

Zum Uebertritt des kommunistischen Abgeordneten Enderl zur S. P. D.

Wie wir bereits gemeldet haben, hat der bayerische Landtagsabgeordnete Enderl seinen Austritt aus der kommunistischen Partei und seinen Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei erklärt. Enderl hat an die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Bayern den Antrag gestellt, ihn als Mitglied aufzunehmen und er hat diesem Antrage eine Begründung beigelegt, deren Inhalt die Zustände in der kommunistischen Partei Deutschlands vernichtend charakterisiert. Das Bekenntnis Enderls fällt in den Augen aller Klassenbewußter Arbeiter ein stures Urteil über eine Partei, deren Zentrale im Widerspruche selbst zu den eigenen Führern eine Politik betreibt, die dem Proletariat nur unermeßlichen Schaden zufügt. Enderls Bekenntnis hat folgenden Wortlaut:

„Nach reiflicher Ueberlegung und großer Selbstprüfung habe ich an die Sozialdemokratische Partei den Antrag auf Aufnahme in ihre Landtagsfraktion gestellt, getragen von der Ueberzeugung, daß nur von der Sozialdemokratischen Partei eine erprießliche Arbeiterpolitik getrieben wird. Die Politik der Zentrale der S. P. D. unter Führung der sogenannten Linken macht es mir unmöglich, meine Auffassung über eine Politik zum Nutzen des deutschen Proletariats innerhalb des Rahmens der S. P. D. zu entfalten. Im vollsten Widerspruche zu den Direktiven der Zentrale der S. P. D. denken viele kommunistische Führer genau so wie ich, haben aber nicht den Mut, ebenso wie ich die wahnsinnige Putztaktik, die Sprengstoffattentate und die parlamentarische Kadavertaktik zu verurteilen. Weil ich das getan habe, bin ich mit der S. P. D.-Zentrale bzw. ihren Instanzen in erste Differenzen geraten und bin dem Ausschluss aus der S. P. D. durch meinen Austritt zuvorgekommen. Die kommunistische Presse behauptet, ich müßte nun mein Mandat niederlegen, wenn ich Anspruch auf proletarisches Ehrengeld haben wolle, andernfalls würde mich die revolutionäre Arbeiterschaft meines Wahlkreises dazu zwingen. Ich bin über diese Erklärung der S. P. D.-Presse einigermaßen erstaunt, wenn auch nicht über ihre Drohung. Die S. P. D. hat seinerzeit, als nach dem U. S. P.-Parteiabgange in Halle mehrere bayerische U. S. P.-Abgeordnete, darunter auch ich, zur S. P. D. übertraten, sich damit einverstanden erklärt, daß ich sowohl wie diese andern U. S. P.-Abgeordneten als kommunistische Abgeordnete das Mandat weiter behalten. Die S. P. D. ist am allerwenigsten befugt, Belegungen über proletarisches Ehrengeld zu erteilen.“

Was nun die kommunistische Presse — nach den Direktiven ihrer Zentrale — über den „Veräter“ Enderl schimpfen und in gewohnter Weise losziehen, sie wird es nicht verhindern können, daß die Einsicht des Genossen Enderl auch in den Köpfen der Leute der heute noch irreführenden kommunistischen Arbeiterschaft Platz greift, bis dann von der S. P. D. nur mehr übrig bleiben werden — die Direktiven beschließenden Zentrale. Die werden dann allerdings dem Proletariat nicht mehr gefährlich werden können.

Julius Hammerl gestorben. Freitag, den 27. Juni, ist in Preßburg Genosse Julius Hammerl einem schweren Leiden erlegen. Genosse Hammerl, der jahrelang in der Arbeiterbewegung der deutschen Sozialdemokratie Preßburgs tätig gewesen ist, war bis vor kurzem Sekretär der dortigen sozialdemokratischen Bezirksorganisation und übernahm dann die Leitung der Buchdruckerei „Gutenberg“. Genosse Hammerl ist bloß 42 Jahre alt geworden.

Einfuhr von Frühkartoffeln. Das Landwirtschaftsministerium macht aufmerksam: Es mehren sich die Fälle, daß Sendungen von Frühkartoffeln nicht mit der phytopathologischen Bescheinigung gemäß der Regierungsverordnung vom 7. April 1921, Nr. 148, Zlg. d. S. u. P., versehen sind und die Importeure die Zollabfertigung auf Grund einer phytopathologischen Untersuchung aufstehen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Zollamt Sendungen von Frühkartoffeln nicht abfertigt, wenn den Transportdokumenten keine phytopathologische Bescheinigung beigelegt ist. Das Landwirtschaftsministerium wird nicht gestatten, daß eine Zollabfertigung von Sendungen, die ohne phytopathologische Bescheinigung einlangen, auf Grund phytopathologischer Bescheinigung erfolgt, wie dies bisher von den Importeuren gefordert wurde.

Wieder ein tödliches Autounfall in Prag. Gestern nachmittag wurde der 15jährige Zudehlerlehrling Wilhelm Holeček in Prag-Weinberge von einem Auto zu Boden geworfen und erlitt einen Schädelbruch. Die Verletzung Holečeks, der ins Weinberger Krankenhaus gebracht wurde, ist tödlich. Dem Wagenführer wurde der Fahrschein abgenommen und die Strafanzeige erstattet.

Was die Kirche für das Land bedeutet. Die sächsischen Landwirte wollen nicht die Kirchensteuer bezahlen. Der Landeskulturrat hat sich gegen „die außerordentliche Höhe der Kirchensteuer“ und gegen „die ganz ungleichmäßige Veranlagung“ in einer Eingabe an das Landeskonfessionsamt gewandt. Darüber sind die Herren Pastoren sehr ungehalten. Wie soll das enden, wenn die frommsten Menschen in Sachsen — und das sind außer den Geistlichen die Agrarier

— über die Kirchensteuer maulen. Deshalb hat Pastor Müller-Rödnig den Landwirten in einem Artikel in der Presse vor:

„In keinem Falle soll die Landwirtschaft auch nur einen Augenblick vergessen, was die Kirche gerade für das Land bedeutet. Also verbieten sich unbesonnene Handlungen von vornherein.“

Dieser Hinweis ist deutlich. Was die Kirche für das Land, das heißt für die Herren Landwirte bedeutet. Der Herr Pastor hat damit gleich das Wesen der Kirche richtig charakterisiert. Sie ist eine Institution, die im Dienste der Reichen steht und die Aufgabe hat, die Besitzlosen in der Unterwürfigkeit vor den Besitzenden zu erhalten. Und da wollen die Agrarier die Steuern nicht zahlen. Ihre Steuerhosen geht wirklich zu weit.

„Reichsbanner Schwarz-rot-gold.“ Die linksstehenden Berliner Blätter berichten aus Breslau von einer Bannerteilung der Ortsgruppe Breslau des „Reichsbanners Schwarz-rot-gold“, die Montag unter großer Beteiligung stattfand. Der Redner, der demokratische Landtagsabgeordnete Höpker, wies auf die Gründe und Ziele des Bundes hin. — Ueber die Gründung des Bundes wurde von den vaterländischen Verbänden, die in Berlin ihre Reichsvertretertagung abhielten, ebenfalls diskutiert. Reichstagsabgeordneter Geisler erklärte, daß sich der Bund „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ gegen die vaterländischen Verbände richte und sich zum Werkzeuge (?) Frankreichs mache. Geisler erwähnte ferner, daß das „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ nach dem Willen seiner Führer an die Stelle der Reichswehr gelangen soll.

Ein kommunistisches Waffenlager. Der „Sokal-Anzeiger“ meldet aus Stuttgart, daß von der dortigen Polizei verschiedene Sprengstoff- und Sandgranatentlager entdeckt wurden. Außerdem wurden noch zwei vollständige Feldfernsprecher aufgefunden. Bisher wurden zehn der kommunistischen Partei angehörende Personen — darunter zwei Frauen verhaftet.

„Luftfahrerdau.“ Montag fand in Charlottenburg ein Prozeß statt, der sich mit einer der größten Wohltätigkeitsunternehmungen des Krieges, dem sogenannten „Luftfahrerdau“ beschäftigte. Angeklagt war der Kaufmann Kuffa, der zuletzt das Generalsekretariat des Unternehmens geleitet hatte. Die Beweisnahme ergab, daß es sich bei diesem „Luftfahrerdau“, der angeblich durch Sammlungen die Fliegertruppen zu unterstützen bezweckte, um einen ungeheuren Schwindel handelte. Von den eingegangenen vielfach großen Beträgen hat auch nicht ein Pfennig seinen Zweck erreicht. Das Gericht verurteilte Kuffa zu zwei Jahren Gefängnis.

Großes Schadenfeuer in einer Eisenbahnwerkstätte. Ein großes Schadenfeuer hat die Eisenbahnhauptwerkstätten in Guben (Brandenburg) heimgesucht. Der Brand war in der etwa 5000 Quadratmeter großen Waggontontagehalle und Lackiererei ausgebrochen. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Waggontalle ist völlig und mit familiem Inhalt, darunter etwa 30—35 zur Abfahrt bereiten Personenwagen, verbrannt. Der Material- und Gebäudeschaden dürfte infolgedessen auf einhalb Millionen Goldmark zu beziffern sein. Die Belegstätte der Halle wird weiter beschlagnahmt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Eine öffentliche Wanjensjagd. Wir lesen in der Wiener „Stunde“: Die Reisenden, die vergangenen Freitag nachmittags Venedig verlassen haben, um in dem Waggon Nr. 653 der österreichischen Bundesbahnen auf dem geradeften, das heißt durch kein Umsteigen gestörten Wege nach Wien zu fahren, erlitten eine arge Verspätung. Die Ursache ist auf vielen Seiten eines Protokolls verzeichnet, das vom Stationsvorstand in Villach zu mitternächtiger Stunde unter riesigem Aufsehen aufgenommen wurde. Als nämlich der Venediger Zug in Villach eintraf, stürzten mehrere Wienerinnen aus der zweiten Klasse des besagten österreichischen Wagens, schrien nach dem Stationsvorstand und als dieser befüßt herbeieilte, entblößten sie vor dem überraschten Beamten ihre von der italienischen Sonne gebräunten Schultern, die durch häßliche „Tippeln“ entstellt waren. Wanjens — nicht eine oder zwei — sondern zehn, fünfzig, hundert, tausend (je mehr sich die Aufregung der Damen steigerte, um so höher stieg die Zahl) hatten ihnen den Schlaf gestört, und sie gezwungen, die Nacht gehend auf dem Korridor zu verbringen. Und nun forderten sie Entschädigung. Es gab Leute, die diesen Zwischenfall österreichisch-humorisches Lächeln wollten, allein sie verstummten, als der Stationsvorstand eine strenge Miene aufsetzte und ein Protokoll aufnahm. Während der Protokollaufnahme machten sich die Reisenden auf die Wanjensjagd. Als bald waren auch die blinden Passagiere festgestellt. Die Direktion der Bundesbahnen wird sich nun mit dem Falle zu beschäftigen haben.

Sturmwetter im Eulengebirge. Das Eulengebirge wurde einer Breslauer Meldung des „Berliner Tageblattes“ zufolge von einem sehr heftigen Unwetter heimgesucht. Ein orkanartiger Sturm entwurzelte in den Obstplantagen die Bäume, die oft weit auf die Felder hinausgeschleudert wurden. Das Getreide wurde durch die Erdmassen auf weite Strecken buchstäblich in den Boden gewalzt. Besonders betroffen ist die Gegend von Neutode, Reichenbach und Langenbielen.

Oslo statt Christiania. Der norwegische Storting beschloß mit 81 gegen 23 Stimmen, daß die norwegische Hauptstadt vom 1. Januar 1925 an Oslo heißen soll.

10.000 abebaute Beamte in Ungarn. Nemzeti Ulag' meldet...

Die Budapest 'Vollstimme' eingestellt. Wie die 'Repszava' meldet...

Die Mandatskommission des Völkerbundes hat am Montag die Prüfung...

Vor der Internationalen Arbeitskonferenz hielt Dr. Dubois einen Vortrag...

Erleichterung bei Einwanderung nach Ungarn. Der ungarische Volkswohlstandminister...

Internationaler Städtekongress in Amsterdam. Montag vormittag wurde in Amsterdam...

Zaglut Pascha bleibt. Zaglut Pascha hat in der Kammer mitgeteilt...

Der englisch-mexikanische Zwischenfall. Im Unterhause erklärte Macdonald...

Eine ausregende Autofahrt in Berlin. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge...

Die New Yorker Zeitungen. In New York werden zweimal so viel fremdsprachige...

Witterungsübersicht vom 1. Juli. Bei Übergang eines Ausläufers der skandinavischen...

Der Sternenhimmel im Monate Juli 1924.

Wenn sich der Glanz der Abenddämmerung soweit vermindert hat...

Mondborübergänge: Venus am 2. früh 4 Uhr 27 Min., Saturn am 10. mittags 12 Uhr...

Gerichtssaal.

Die Telephonaffäre vor Gericht.

Ministerialrat Bismann - sieben Monate schwerer Kerker. Seine Frau und Vaurat Cerny freigesprochen.

Der Streit um die Erbschaft.

Im Vorjahre starb in Neudorf, Bezirk Hohenpöls, die Künstlerin Hofmann...

Volkswirtschaft.

Betragsloser Zustand in der Tafelglasindustrie.

Die in der Tafelglasindustrie beschäftigten Arbeiter sind wohl am schlechtesten...

Der Sternenhimmel im Monate Juli 1924.

Wenn sich der Glanz der Abenddämmerung soweit vermindert hat...

### Verlängerung des Kollektivvertrages im Ostrauer Revier.

**Mähr. Ostrau, 1. Juli.** (Tsch. P.-B.) Gestern den 30. Juni ist die Unkündbarkeitsfrist des am 22. März 1923 abgeschlossenen Vertrages zwischen dem Grubenarbeiterverband und den Grubenbesitzern betreffend die Samstagsschichten abgelaufen. In dem Vertrage ist festgesetzt, daß die Arbeitszeit der Arbeiter obertags acht Stunden, der Arbeiter untertags sechs Stunden dauert mit der Verbindlichkeit, weitere zwei Stunden Überzeit zu arbeiten gegen eine besondere Entlohnung nach den Kategorien. Da die Besitzer der Ostrauer Gruben gegen die Verlängerung dieser Vereinbarungen nichts einwenden, schlug der Sekretär des Bergarbeiterverbandes dem Direktor der Spenerberg vor, daß die Unkündbarkeit des Vertrages bis zum 30. Juni 1925 verlängert werde.

### Schwere Wirtschaftskrise in Polen.

Polen wird gegenwärtig von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert. Am Samstag wurden in Lodz in 17 Textilfabriken die Arbeit eingestellt. Nach einer amtlichen Statistik beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Lodz und Umgebung 70.000, wovon auf die Stadt Lodz allein 46.000 entfallen. In Lodz fand am Montag eine große Arbeitslosen demonstration statt. Für die nächste Zeit droht auch die Einstellung der Arbeit im ober-schlesischen Kohlenrevier, wo die Kohlenbarone eine heftige Offensive gegen die Berg- und Hüttenarbeiter begonnen haben. Sie verlangen die Ausdehnung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne. Falls die Arbeiter auf die Bedingungen der Unternehmer nicht eingehen, drohen diese mit Entlassungen. Das würde die Aussperrung von weiteren 70.000 Arbeitern nach sich ziehen, so daß allein im Lodzer Textilgebiet und im ober-schlesischen Kohlenrevier 140.000 Arbeitslose wären. Die wirtschaftliche Situation ist auch für die innerpolitische Lage in Polen von größter Bedeutung.

Die Bezirkskrankenkasse Aussig hat diesmal für das Jahr 1923 einen umfangreichen Bericht herausgegeben, der nicht nur den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1923 enthält, sondern eine wertvolle Geschichte der Krankenkasse seit ihrer Gründung am 1. August 1889. Zehn Jahre war die Kasse in bürgerlichen Händen, bis es der Arbeiterschaft gelang, trotz aller Machinationen und Verfolgungen die Kasse zu erobern. In den Händen der Arbeiterschaft ist diese auch bis heute geblieben. Bemerkenswert ist, daß die Kasse schon im Jahre 1909 die Familienversicherung eingeführt hat. Gegenwärtig sind bei der Kasse 25.975 Mitglieder versichert, das Gesamtvermögen beträgt 4.261.200 Kronen. Die verausgabten Kassamittel sind zu 77,8 Prozent für Mitglieder und deren Angehörige verwendet worden. Die Arztkosten betragen zusammen 12,06 Prozent, der Verwaltungskoeffizient 9,22 Prozent. Daraus ist zu ersehen, daß alle Zahlen, welche die bürgerlichen Parteien verbreiten, wonach die Kassagelder nicht im Interesse der Mitglieder verwendet werden, der Wahrheit widersprechen. Hervorzuheben wäre noch der vom Chefarzt erstattete Jahresbericht, sehr instruktiver Tabellen und graphische Darstellungen, sowie eine Reihe schöner Photographien, die anschaulich darlegen, welche große Leistungen die Kasse vollbracht hat.

**Der Abbau der Bankbeamten.** Die Zahl der seit der Stabilisierung der Währung in Deutschland abgebauten Beamten dürfte schätzungsweise 150.000 bis 200.000 betragen. In der „Frankfurter Zeitung“ wird die Zahl der im Jahre 1913 in Bankgewerbe beschäftigten Angestellten auf 100.000, am Ende der Inflationsperiode auf 375.000 geschätzt. Bei Entlassung von selbst 200.000 Angestellten dürfte demzufolge die Gesamtzahl der deutschen Bankangestellten noch erheblich höher sein als vor dem Krieg. So müssen wir bei einer weiteren Verschärfung der Geld- und Wirtschaftskrise noch auf Entlassung weiterer Scharen von Bankangestellten in Deutschland gefaßt sein. Die abgebauten Beamten können anderswo schwer untergebracht werden. Hunderttausende werden auf diese Weise einem harten Schicksal preisgegeben. Ihre Arbeitslosigkeit trägt im übrigen infolge des Ausfalles ihrer Kaufkraft zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Tausende doch Hunderttausende nicht mehr als Käufer am Markt auftreten. Die Berufsrichtung der abgebauten Bankbeamten wird einen langwierigen und schwierigen Prozeß darstellen. Deutschland hat die Stabilisierungskrise bereits seit langem durchgemacht. Trotzdem hat der Abbau der Bankbeamten erst jetzt mit voller Wucht eingesetzt, als der Börsensturz eine Anzahl von Banken in den Bankrott stürzte, während der Geschäftsumsatz der anderen infolge des Effektensturzes rapid zurückging. Die „Vörse“ meldet den Abbau von 3500 bis 4000 Beamten, das heißt 17 Prozent der Bankangestellten seit Anfang dieses Monats. 2700 Angestellte müssen als Vertragsbeamte bereits Ende dieses Monats ihre Stelle verlassen. — Selbst in Holland, wo das Finanzkapital heute stärker ist als je und die Bankabschlüsse sehr gute Ergebnisse zeigen, ist ein Beamtenabbau mit gleichzeitiger Herabsetzung der Gehälter der Beibehaltenen durchgeführt worden. Um die Dividenden und Löhne zu erhöhen, mußten die allgemeinen Unkosten gesenkt werden, wofür die Bankbeamten herhalten mußten.

**Der neue Ricum-Vertrag.** Die Verhandlungen der Sechserkommission des Ruhrbergbaues mit der Ricum sind Dienstag nachts abgeschlossen worden und haben zu einem Abkommen geführt, das bis zum Inkrafttreten des Sachverständigen-

gutachtens Gültigkeit hat. Das Abkommen kann zu Beginn eines jeden Monats mit einer Frist von zehn Tagen gegenseitig gekündigt werden. An den bisherigen Bestimmungen sind folgende Änderungen getroffen worden: Die Kohlensteuer wird auf 15 Prozent, die Ein- und Ausfuhrabgabe, sowie die Zu- und Ablaufgebühr der Konzerne und Zeugen bis auf die Hälfte herabgesetzt. Die Verkehrsabgabe wird auf ein Prozent herabgesetzt; die Lieferung an Nebenprodukten wird auf 10 Prozent für Benzol, auf 6 Prozent für Blei und 8 Prozent für schwefelsaures Ammonial festgesetzt, bei den übrigen Nebenprodukten auf acht Prozent, statt der bisherigen 10 Prozent. Die Ermäßigungen gelten rückwirkend vom 15. Juni ab. Für die Zeit des Bergarbeiterstreikes vom 1. Mai bis 7. Juni einschließlich wird die zu liefernde Brennstoffmenge auf 27 Prozent der Ruhrförderung der Zechen ermäßigt. Die Sechserkommission hat vor der Unterzeichnung des Abkommens darauf aufmerksam gemacht, daß die Verlängerung des Abkommens bis August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Ueber diese Frage wird die Sechserkommission mit der Reichsregierung verhandeln. Falls sich keine Möglichkeit der Finanzierung ergibt, behält sich die Sechserkommission die Kündigung des Abkommens zum 31. Juli vor.

**Deutschlands Anteil am Welthandel** ging seit dem Krieg gewaltig zurück. Einige Zahlen sollen als Beleg hierfür dienen: Der Anteil Deutschlands an der Einfuhr Englands betrug 1913 10,46 Prozent der gesamten englischen Einfuhr, im Jahre 1923—24 (bis Ende März 1924) nur 3,06 Prozent. An der englischen Ausfuhr war Deutschland als Abnehmer statt mit 7,74 Prozent im Jahre 1913 mit nur 5,95 Prozent im Jahre 1923—24 beteiligt. An Schwedens Ausfuhr war Deutschland 1913 noch mit 21,9 Prozent, im Jahre 1922 dagegen mit nur 8,95 Prozent, 1923 nur mit 7,8 Prozent beteiligt. Die deutsch-holländische Grenze haben 1913 insgesamt 15,7 Millionen Tonnen Waren überschritten, während es 1922 nur 8,5 Millionen Tonnen waren, vom Jahre 1923 — dem Jahr der Ruhrbesetzung — ganz zu schweigen.

**Der Stumpf des italienischen Wirtschaftslebens.** Die grausame Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti beleuchtet auch die wirtschaftliche Korruption, die im gegenwärtigen Italien vorherrscht. Matteotti als wirtschaftlicher Sachverständiger seiner Partei hatte Einsicht in diese Zusammenhänge. Er wollte verschiedene Bestechungsangelegenheiten der Abgeordneten zur Sprache bringen, wofür er mit seinem Leben büßen mußte. Die „demokratischen“ Vereinigten Staaten und das faschistische Italien sind sich in dem einen gleich: daß beide Länder ein Eldorado des Kapitalismus darstellen, wo durch die Bestechungen des Monopolkapitals das Volk ausgeplündert werden kann. Deshalb senden die amerikanischen Dollar Könige so gern ihre Kapitalien nach Italien zur Anlage. Matteotti wollte vornehmlich über die Bestechungsangelegenheiten reden, wodurch der in Amerika schwer kompromittierte De Magnat Sinclair ein Monopolrecht für die Ausbeutung der süditalienischen Delgruben erwarb. Die faschistischen Parteiführer sitzen als Verwaltungsräte mit gewaltigen Lantien in den Banken und Industrieunternehmen und müssen ihrerseits für die gute Bezahlung Dienste leisten, sei es bei Beschaffung von Konzeptionen und Staatsunterstützungen (siehe das Milliardengeschäft an die Großbanken), sei es bei Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Die nach der Ermordung Matteottis zurückgezogenen faschistischen Funktionäre gehörten auch in die Gruppe der faschistischen Verwaltungsräte. Matteottis Märtyrertod wird vielfach dazu beitragen, daß die Welt nicht nur von den faschistischen Gewalttaten, sondern auch von der im Hintergrund stehenden wirtschaftlichen Korruption erfährt.

**Kinderarbeit in Persien.** Wichtige sozialpolitische Reformen wurden in Persien angebahnt. Die Regierung dieses Landes hat das Internationale Arbeitsamt benachrichtigt, daß der Gouverneur der Provinz Birman ein vom 17. Dezember 1923 datiertes Dekret veröffentlichte, welches früher ergriffene Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Kinder in der Teppichweberei erneuert und zum Teil erweitert. Die ursprünglich verfügten Maßnahmen werden infolge freundschaftlicher Vorstellungen des Internationalen Arbeitsamtes bei der persischen Regierung ergriffen. Das neue Dekret sieht vor: einen Maximalarbeitstag von acht Stunden, ein Mindestalter von acht Jahren für Knaben und von zehn Jahren für Mädchen; getrennte Arbeitsräume für Knaben und Mädchen, welche letztere von Frauen beaufsichtigt werden. Verbot der Beschäftigung von Arbeitern, die an ansteckenden Krankheiten leiden; Verbot der Arbeit in nassem oder unter der Erde gelegenen Räumen; nach Süden gelehrte Fenster der Arbeitsräume; die Anordnung der Arbeitsgeräte und Sitze in einer Weise, welche den jugendlichen Arbeitern möglichst wenig Unbequemlichkeit verursacht, monatliche sanitäre Inspektion der Arbeitslokale. Die Durchführung der Verordnung obliegt der Polizei. Jede Übertretung wird mit Geldbuße oder Haft bis zu zehn Tagen bestraft.

### Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Mittwoch „Das Dreimäderlhaus“; Donnerstag „Don Pasquale“; Freitag „Die Wildente“; Samstag „Die Götterdämmerung“; Sonntag nachmittags „Madame Butterfly“, abends „Eine von unsre Leute“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Mittwoch „Der Mustergatte“; Donnerstag „Amor in Risolsburg“; Freitag „Der Mustergatte“; Samstag „Dr. Stieglitz“; Sonntag abends „Die Hofe“.

### Literatur.

**Deutsch-schlechisches Wörterbuch** (Remedeo-cesty slovnik) und Tschechisch-deutsches Wörterbuch (Cesto-nemedy slovnik). Von Rudolf Moravec. 2 Bände. Jeder Band K 15. (Verlag Hartleben Wien). Die zweite Auflage dieses modernen Wörterbuchs liegt nun vor. Dieses zweibändige Werk enthält nicht nur die gebräuchlichsten Ausdrücke beider Sprachen, sondern es führt auch die wichtigsten Fremdwörter an. Besondere Sorgfalt wurde den Homonymen und solchen Ausdrücken, die allein stehend die verschiedenste Bedeutung haben, zuwendet. Es werden fast alle durch in Klammern beigelegte Bezeichnungen näher erläutert, um eventuellet unrichtiger Anwendung dieses oder jenes Ausdruckes vorzubeugen. In den am Ende der Wörterbücher angeführten Verzeichnissen der geographischen Namen wurden besonders die Ortsnamen der Tschechoslowakischen Republik berücksichtigt. Schließlich wären noch die Verzeichnisse der Vornamen zu erwähnen, welche die Wörterbücher vervollständigen.

### Bereinsnachrichten.

**Touristenverein „Naturfreunde“.** Ortsgruppe Prag. Zur Ausstellung nach Aussig am 6. Juli. Abf. 6.35 Mor.-Abf. Jweds Fahrpreisermäßigung und erm. Eintritt (insg. K 8.—) sofort bei der Vereinsleitung anmelden (telefonisch und schriftlich). — **Ausschreibung.** Donnerstag, halb 8 Uhr, Arbeiterverein; auch früher erscheinen. — **Sonntag 6. Juli nach Senohrab** (Badegelegenheit). Abf. 7.15, Abf. 7.45, Bilsow Abf. Rechtzeitig erscheinen wegen Fahrpreisermäßigung. Führer: Rud. Schmidt. 2830

### Mitteilung ans dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen** liefert **Optiker Deutsch, Prag,** Graben 25, Kl. Saal. 1882

### Turnen und Sport.

#### Bürgerlicher Sport.

In unserem Breslauer Arbeiterblatt finden wir einen interessanten Artikel, der das „Wesen“ der bürgerlichen Turn- und Sportvereine treffend charakterisiert. In dem Artikel heißt es u. a.:

Zu den Hauptzielen der fortschrittlichen Arbeiterschaft gehören die bürgerlichen Turn- und Sportvereine und Verbände. So unglücklich es klingt, so wahr ist es, daß der bürgerliche Sport in einem Stumpf geraten ist, aus dem es kein Entkommen mehr gibt. Einige der Fälle seien wegen Raummangel hier nur angezogen, doch lassen sich diese vervielfachen.

In Breslau vergeht kein größeres Fußballspiel der Arbeitssportler, bei dem nicht als Abschluß festgesetzt werden muß, daß die besten Spieler nachher in der Wohnung ausgeschaut werden und unter Versprechungen von Arbeit bei Arbeitslosigkeit sowie besser bezahlten Stellen oder sonstigen Entschädigungen für die bürgerlichen Sportvereine gekauft werden sollen.

In Neutritz bei Breslau werden in der Jügelzeit junge Arbeiter eingestellt, die dem bürgerlichen Turnverein angehören (bei der Einstellung verlangt worden), obwohl am Orte Familienväter sind, die früher in der Jügelzeit gearbeitet haben, sowie seit Monaten Arbeitslose. Die Erzeugung der Arbeiterschaft über diesen Fall kam in der Gemeindevertretung zur Sprache, und der bürgerliche Vertreter erklärte: „Sie können doch nicht verlangen,

daß ich Arbeiter einstelle, die mir in 14 Tagen den ganzen Betrieb wieder aufgeben.“ (Ausgehen — organisieren.)

In Haynau, wo die Arbeitslosigkeit eine riesenhafte war, gelang es auf diese Art aus dem Arbeiterportverein in einem Monat 18 Arbeiter heranzuziehen.

In Sagan versprach, trotz der dort herrschenden Wohnungsnot, der Zigarrenkaufmann B. einem sportlich befähigten Arbeiter S., der Mitglied des Vereins für Bewegungsspiele (Arbeiterportverein) ist, eine mit Möbeln eingerichtete Wohnung, bei Uebertritt in den bürgerlichen Sportverein.

Für den Außenstehenden, besonders aber den Nichtsportler, mögen diese hier angeführten Fälle, welche sich nach Belieben allein für Schlesien verdreihen lassen, als Unmöglichkeit erscheinen. Dem Kenner der Korruption in den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden sind sie keine Neuerscheinung. Das „Fischen“ von Turn- und Sportkanonen, wie der Fachausdruck für hochqualifizierte Spieler lautet, aus einem bürgerlichen Verein in den anderen, wo ein noch vermögender Gönner größere Geldmittel zum Anschaffen der gelauften Sportler hat, als in kleineren Vereinen, ist an der Tagesordnung und sind die Vordürse bürgerlicher Sportblätter gegen einander oft genug nicht sehr feiner Art. Ein Breslauer Sportgeschäft, G. u. B. verdankt seine Existenz der Tatsache, daß beide Inhaber vermögendere Sportkanonen waren. Gönner hoffen.

Die diese Turn-Sportgrößen verhässelt und gepöppelt werden, ist ein Kapitel für sich. Bei größeren Spielen fährt 2. Klasse, Ueberrachten in den ersten Hotels, ganze Kisten Zigarren der Mannschaft für die Fahrt, Geldmittel dezent zur Verfügung, daß ein Sportler aus St. bei Breslau sich rühmt, in Dresden in zwei Tagen 150 Mark verbraucht zu haben. Dies ist kein Einzelfall, sondern gang und gäbe.

Für die organisierte Arbeiterschaft entsteht die Frage, woher diese Verbände und Vereine die Geldmittel zu derartigen Unterstüßung und Kauf von Spielern und Sportlern nehmen. Auf der einen Seite werfen die Unternehmer Unternehmen zur Unterstüßung des Turn- und sportlichen Ehrgeizes hinaus, auf der anderen Seite werden Tausende von Arbeitern wochenlang wegen einiger Pfennige Lohnzusage auf die Straße geworfen.

Riefenbedienste der Unternehmer ermöglichen diese großzügige Verschwendung für den bürgerlichen Sport. Mit Volksgesundheit hat diese Art Sport nicht mehr das Geringste zu tun. Das planmäßige Bücheln und der Kauf von beschlagnahmten Sportlern muß als Folgeerscheinung zu einem solchen Ehrgeiz und Sinken der Moral im bürgerlichen Sport führen.

Für die Gewerkschaftsorganisationen und die politischen Arbeiterparteien wird es Zeit, einmal dieser Art von Ausnutzung der fortschrittlichen Arbeiterschaft durch die Gönner der bürgerlichen Turn- und Sportverbände und Vereine entgegenzutreten. Die Neutralität diesen Verbänden gegenüber wird allmählich als Schwäche der Gesamtarbeiterschaft ausgegagt.

Hierbei sei noch einmal betont, daß die hier angeführten Fälle nicht Einzelfälle sind, sondern daß wenig Orte in Schlesien sind, wo sich nicht Ähnliches in letzter Zeit abgespielt hat. Es liegt System in dieser Verschönerung der Arbeiterschaft durch die Führer des bürgerlichen Sports.

Die Leitung des Automobilrennens von Indianapolis (Amerika) gibt jetzt schon das Reglement für 1926 aus, um eine gründliche Vorarbeit für den neuen Wagenstypus zu ermöglichen. Angesichts der ständig wachsenden Geschwindigkeit wurde der Splindergehalt von den bisher zwei Litern auf einhalb Liter herabgesetzt, und zwar für die Konkurrenz, die am 30. Mai 1926 stattfinden wird. Derselbe Typus wird für 1927 und 1928 beibehalten. Nächstes Jahr, also 1925, findet die letzte Fahrt der Zwei-Liter-Wagen in Amerika statt. Es ist interessant, zu bemerken, daß bei der ersten Wettfahrt in Indianapolis im Jahre 1894 Wagen von Gehalt über neun Liter eine Geschwindigkeit von 120 Kilometer in der Stunde erreicht haben.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eych und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- u. S. B. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Gollh.

Praktischer und Krankenkassenarzt  
**MUDr. Stan. Velden**  
Č.-Velenice (Gmünd in Böhmen)  
ordin. 8-10, 1-2  
Zahnplombieren 2832

**Jodbad Darkau**  
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, Ostschles., O.-S.-R. 2821  
Stärkstes Jodsalz-Brombad, gründl. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch veraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Drüsen, Frauenleiden, alle Arten der Tuberkulose der Haut, chron. Hautleiden, Arteriosklerose usw., besonders günstig für Kinder. — Klanderpenionat für Kinder ohne Bogelung. — Kurrestoration in Eigenregio. — Saison vom 1. Mai bis 30. September. — Prospekte und Auskünfte durch die Badverwaltung.

1924  
  
**AUSSTELLUNG FÜR KULTUR UND WIRTSCHAFT AUSSIG**  
1. JUNI 31. AUG.